

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und ArbeiterInnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Stz Dresden), Lillengasse Nr. 12.

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

## Die Ausbreitung der Tarifverträge.

I.  
Ueber die Nützlichkeit und Bedeutung der Tarifverträge wurden in den Kreisen der Arbeiter vor einem Jahrzehnt noch heftige Debatten geführt. Ein großer Teil der Arbeiter stand damals auf dem Standpunkt, daß eine Tarifgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitern die Interessen und die Weiterentwicklung der Organisation der Arbeiter schädige. Die tariffreundlichen Gewerkschaften wurden als nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend betrachtet.

Seit jener Zeit sind Tausende von Tarifgemeinschaften zum Abschluß gelangt, abgeschlossen zumeist von den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften. Die prinzipiellen Bedenken gegen den Abschluß von Tarifverträgen sind auf Seiten der Arbeiter vollständig verschwunden, auch eine Aufgabe des Kampfstandpunktes und eine Schädigung der Organisation sieht niemand mehr in derartigen Vereinbarungen.

Die Tarifidee hat sich siegreich Bahn gebrochen. Die Arbeiter haben sehr bald einsehen gelernt, daß ihnen die Tarifgemeinschaften Vorteile bieten, die nicht von der Hand zu weisen sind. Das hat sehr viel dazu beigetragen, ein Eingehen in die Materie zu rechtfertigen.

Auch die Unternehmer lernten bald erkennen, daß die vertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen erhebliche Vorteile bringt. Es mag manchem Unternehmer schwer gefallen sein, sich mit den Arbeitern an einen Tisch zu setzen und mit ihnen über die Arbeitsbedingungen zu beraten, statt diese Bedingungen wie früher kraft seiner Eigenschaft als Herr im Hause zu diktieren. Aber das Wachstum der Gewerkschaften, die Zunahme der Verbände an Mitgliedern und an Einfluß redete eine sehr eindringliche Sprache, und so haben alle Faktoren mitgewirkt, um eine schnelle Ausbreitung der Tarifverträge zu ermöglichen.

Das Kaiserliche Statistische Amt hat soeben in einer Sonderbeilage zum „Reichsarbeitsblatt“ die im Jahre 1909 zum Abschluß gelangten Tarifgemeinschaften veröffentlicht. Die Zusammenstellung liefert einen deutlichen Beweis von der weiteren Verbreitung der Tarifidee im letzten Jahre.

Am 1. Januar 1909 bestanden 5981 Tarife für 13 027 Betriebe mit 1 055 654 Personen. Von diesen Tarifen erlebten sich im Laufe des Jahres 1765 für 24 606 Betriebe mit 219 382 Arbeitern. Dagegen wurden neu abgeschlossen 2360 Tarife für 30 766 Betriebe mit 256 116 Personen. Am Ende des Jahres bestanden danach 6578 Tarife für 137 214 Betriebe mit 1 107 478 Arbeitern. Der Zuwachs im Jahre 1909 beträgt nach diesen Ziffern 597 Tarife für 6957 Betriebe mit 51 824 Personen.

Das Material der Tarifverträge, deren Gültigkeit im Jahre 1909 begonnen hat, stammt wieder in der Hauptsache von den Arbeiterorganisationen, auch einzelne Arbeitgeberorganisationen sowie Gewerbegerichte haben Tarifverträge gefandt. Die Anzahl der von den Arbeitgebern eingereichten Verträge für 1909 war, wie in den früheren Jahren, im Verhältnis zu der Zahl der von den Arbeitnehmern eingereichten Tarife zu gering, um auf ihnen eine Statistik aufbauen zu können. Die Einsendungen der Arbeitgeber sind daher nur zur Kontrolle und Ergänzung des Arbeitnehmermaterials benutzt worden. Dem gleichen Zwecke dienen die von den Gewerbegerichten eingereichten Verträge. Die Statistik baut sich also vollständig auf dem Material auf, das die Arbeiter geliefert haben.

Wie im Vorjahre, sind auch diesmal die Angaben im allgemeinen vollständig und erschöpfend gewesen, so daß in Verbindung mit den in Abschrift oder Original eingereichten Tarifverträgen ein recht zuverlässiges Material zur Verfügung stand.

Das Kaiserliche Statistische Amt ist bestrebt, die jeweilige Jahresübersicht über die Tarifverträge möglichst bald zu veröffentlichen. Da die Art der seitherigen Berichterstattung diesem Streben hinderlich war, ist für das Jahr 1910 eine andere Berichterstattung vorgeschlagen. Die Verbände sollen künftig unmittelbar nach dem Abschluß eines jeden Tarifvertrages eine Abschrift herstellen und ein besonderes Zählblatt ausfüllen. Damit wird die Tarifstatistik so auf dem Laufenden gehalten, daß unmittelbar nach Jahresluß die Zusammenstellung der Tarifverträge abgeschlossen und mit den Zählblättern und Tarifabschriften dem Kaiserlichen Statistischen Amt übersandt werden kann.

Der Vorschlag ist sehr beachtenswert und praktisch, so daß sich die Gewerkschaften zu diesem Modus entschließen sollten. Für die Verbände, die zu Beginn des Jahres Verhandlungen über den Abschluß von Tarifgemeinschaften pflegen, ist eine rasche Zusammenstellung besonders wert-

**Mit dem 1. Oktober tritt das neue Verbandsstatut in Kraft und somit auch eine andere Regelung der Beitragszahlung. Damit das neue System überall schnell und vollständig zur Durchführung kommen kann, ist es notwendig, daß alle Mitglieder bis Ende September unbedingt ihre Beiträge restlos bezahlt haben! Geht nicht als Restanten in das neue Quartal!**

voll, da ihnen dadurch Vergleiche mit dem Inhalt und der Entwicklung der Tarifverträge des Vorjahres möglich sind. Die Kenntnis über den augenblicklichen Stand der Tarifbewegung ist für die zu Verhandlungen berufenen Organisationen ohne Zweifel von hohem Wert, so daß eine rasche Berichterstattung in direktem Interesse der Gewerkschaften liegt.

Im Jahre 1909 sind fünf Reichstarife in Erscheinung getreten, das heißt solche Tarife, die für das ganze Gebiet des Deutschen Reiches Geltung haben. Zwei davon sind vom Zentralverband der Konsumvereine mit dem Verband der Bäcker und Konditoren und dem Transportarbeiterverband abgeschlossen, einer zwischen dem Bund der Lichtdruckanstalten und dem Lithographenverband, ein anderer zwischen dem Bund der chemographischen Anstalten und ebenfalls dem Lithographenverband; ein Tarif ist zwischen dem Bund der Lithographenanstalten Deutschlands und dem Lithographenverband zustande gekommen.

Von je 100 der Tarifgemeinschaften wurden 21,9 von Verbänden, 5,9 von Innungen und 70,6 von Firmen abgeschlossen. Tarife, bei denen die Kontrahenten auf beiden Seiten Organisationen waren, sind im Vergleich mit dem Vorjahre weniger abgeschlossen worden. Auch der prozentuale Anteil der von Innungen abgeschlossenen Tarifgemeinschaften hat sich gegenüber dem Vorjahre verringert, jedoch hat bei den Innungstarifen der Anteil der von Tarifen erfaßten Betriebe und Personen zugenommen. Ganz erheblich hat sich auch die Zahl der Tarifgemeinschaften gesteigert, die von Arbeiterverbänden mit einzelnen Arbeitgebern abgeschlossen wurden; ihr Anteil ist von 55 pZt. auf rund 72 pZt. gestiegen, und der auf diese Tarifverträge fallende Anteil der Betriebe und Beschäftigten stieg von 25 und 19 pZt. auf 37 und 32 pZt.

Die meisten Tarifverträge sind im Berichtsjahre im Baugewerbe abgeschlossen worden, auf diese Gruppe entfallen 584 Tarife für 7019 Betriebe mit 79 820 Arbeitern, das sind 28 pZt. der Tarifgemeinschaften, 29 pZt. der erfaßten Betriebe und 34,7 pZt. der erfaßten Personen. An zweiter Stelle steht die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 361 Tarifen für 2053 Betriebe und 19 759 Personen, das sind 17,3 vom Hundert der abgeschlossenen Verträge. Die Metallindustrie stellt nur 128 Tarife — 6,1 vom Hundert, jedoch für 3760 Betriebe —, 15,5 vom Hundert, so daß der verhältnismäßige Anteil an der Zahl der erfaßten Personen nach dem Baugewerbe für diese Gruppe der größte ist. Die Industrie der Steine und Erden stellte 159 Tarifverträge für 1200 Betriebe und 11 825 Personen, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 151 Tarife für 2595 Betriebe und 19 669 Personen, auf das Bekleidungs-gewerbe entfallen 143 Tarife für 4108 Betriebe mit 23 841 Personen. In den andern Gewerbegruppen bleibt die Zahl der erfaßten Personen unter 10 000. Auf eine Tarifgemeinschaft entfallen im Gesamtdurchschnitt 11,6 Betriebe und 110,1 Personen. Im Vorjahre kamen auf einen Tarifvertrag durchschnittlich 20,3 Betriebe und 201,1 Personen. Im Jahre 1909 ist also der Tarifabschluß weniger konzentriert gewesen.

## Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1909.

### II. Arbeitskämpfe, ihre Ursachen und Verlauf.

Weder in der Anzahl noch in dem Umfang der Arbeitskämpfe — Streiks und Aussperrungen — haben sich gegenüber dem Vorjahre wesentliche Veränderungen ergeben. Es fanden 2045 Kämpfe statt, an denen 131 244 Personen beteiligt waren; im Jahre 1908 betrug die Zahl der Kämpfe 2052 mit 126 883 Beteiligten. Die Zahl der Kämpfe hat sich um 7 verringert und die Ziffer der Beteiligten sich um 4361 = 3,4 pZt. erhöht. Diese Veränderungen sind so unerheblich, daß sie zu einer abweichenden Beurteilung der Verhältnisse nicht dienen können. Gleich wie im Jahre 1908 waren auch im Berichtsjahre die Kämpfe in ihrer Mehrheit nach den daran beteiligten Personen von geringem Umfange; es entfallen auf jeden Kampf im Durchschnitt 64 Beteiligte.

Von den 2045 Arbeitskämpfen waren Angriffstreiks 832 = 40,7 pZt., Abwehrtreiks 1007 = 49,2 pZt. und Aussperrungen 206 = 10,1 pZt. Im Jahre 1908 fanden dagegen statt: 678 Angriffstreiks = 33,1 pZt., 1117 Abwehrtreiks = 54,4 pZt. und 257 Aussperrungen = 12,5 pZt.

Das prozentuale Verhältnis der Angriff- und Abwehrtreiks und der Aussperrungen hat sich gegen das Jahr 1908 etwas verschoben. Die im Vorjahre enorm gestiegene Zahl der Abwehrtreiks ist zurückgegangen, allerdings nicht in dem Maße, daß die Tendenz des Unternehmertums, die Zeiten wirtschaftlicher Depression zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszunutzen, zu verkennen wäre. Denn trotz ihres Rückganges überwiegen die Abwehrtreiks an Zahl noch ganz bedeutend die Angriffstreiks, obgleich bei letzteren eine Vermehrung eingetreten ist. Auch die Zahl der Aussperrungen hat sich verringert.

An den 832 Angriffstreiks des Jahres 1909 waren 54 030 Personen beteiligt. In 517 Fällen mit 35 893 Beteiligten wurde gekämpft, um Lohnerhöhungen zu erreichen. Wegen Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung fanden 203 Streiks mit 15 637 Beteiligten statt. 22 Streiks mit 380 Beteiligten wurden geführt um Verkürzung der Arbeitszeit allein. Der Ausgang der Angriffstreiks war günstiger als der im Jahre 1908 geführten; es endeten erfolgreich: 454 = 54,6 pZt. mit 27 359 Beteiligten = 56,6 pZt., teilweise erfolgreich: 173 = 20,8 pZt. mit 14 547 Beteiligten = 26,8 pZt. und erfolglos: 173 = 20,8 pZt. mit 9185 Beteiligten = 17,0 pZt.

Die Abwehrtreiks haben sich gegen das Jahr 1908 um 110 vermindert, jedoch ist die Zahl der daran Beteiligten um 6600 gestiegen, es waren an den 1007 Abwehrtreiks des Jahres 1909 42 700 Personen beteiligt. Die Steigerung der Beteiligtezziffer ist auf den vom Bergarbeiterverband im Mansfelder Revier durchgeführten Abwehrtreik, an welchem 8149 Personen beteiligt waren, zurückzuführen. Dieser

Kampf entspann sich durch fortgesetzte Maßregelungen der Vertrauensleute des Verbandes und mußte nach sechs-wöchiger Dauer leider erfolglos beendet werden.

Von den Abwehrstreiks des Jahres 1909 wurden 490 mit 17 039 Beteiligten geführt, um Lohnreduktionen abzuwehren. In 181 Fällen mit 18 421 Beteiligten fanden Streiks wegen Maßregelungen statt. 28 Streiks waren notwendig, um eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren, daran waren 445 Personen beteiligt. In 21 Fällen mit 550 Beteiligten mußte gegen den vom Unternehmer verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft werden. Von den insgesamt stattgefundenen Abwehrstreiks endeten erfolgreich: 593 = 58,9 pZt. mit 18 559 Beteiligten = 43,4 pZt., teilweise erfolgreich: 123 = 12,2 pZt. mit 8046 Beteiligten = 18,8 pZt. und erfolglos: 243 = 24,1 pZt. mit 14 718 Beteiligten = 34,5 pZt. Der Prozentsatz der erfolgreichen Streiks hat sich gegen das Jahr 1908 von 47,0 auf 58,9 erhöht.

Im Jahre 1909 wurden seitens der Unternehmer 206 Aussperrungen vollzogen. Im Vorjahre fanden dagegen 257 statt, so daß eine Verminderung der Aussperrungsfälle um 51 = 19,8 pZt. eingetreten ist. In einem noch stärkeren Verhältnis ist die Zahl der von den Aussperrungen betroffenen Arbeiter gegenüber dem Jahre 1908 zurückgegangen. Während 1908 an den Aussperrungen 60 576 Personen beteiligt waren, erstreckten sich die des Jahres 1909 nur auf 34 404 Personen. Es ist demnach eine Abnahme der Beteiligungsziffer um 26 082 = 43,1 pZt. erfolgt.

Unter den Aussperrungen des Jahres 1909 ragt besonders die von den Bauunternehmern Hamburgs und Umgegend vollzogene Aussperrung der Bauarbeiter durch ihren Umfang hervor. An dieser Aussperrung waren 16 Verbände durch ausgesperrte Mitglieder beteiligt, und es wurden davon insgesamt 10 009 Personen betroffen. Die Aussperrung wurde unternommen, um den Maurerverband zur Aufgabe eines Lohnkampfes zu zwingen. Die Unternehmer erreichten jedoch nicht das gewünschte Ziel, die bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter, und mußten schließlich, um eine Beendigung des Kampfes herbeizuführen, Lohnserhöhungen bewilligen.

Ihren Ursachen nach verteilen sich die Aussperrungen des Jahres 1909 folgendermaßen:

In 43 Fällen mit 3969 Beteiligten lagen denselben Forderungen der Arbeiter zugrunde. Wegen Nichtannahme verschlechterter Arbeitsbedingungen wurden 42 Aussperrungen verhängt, die sich auf 4957 Personen erstreckten. In 17 Fällen mit 7911 Beteiligten war ein Angriffstreik und in 12 Fällen mit 4406 Beteiligten ein Abwehrstreik die Ursache der Aussperrungen. 16 Aussperrungen, an denen 324 Personen beteiligt waren, dienten dem Koalitions-raub. Wegen Verweigerung von Streifarbeits wurden 5 Aussperrungen verhängt, woran 524 Personen beteiligt waren. Aus Anlaß der Meißener fanden 25 Aussperrungen statt, die 6963 Personen in Mitleidenschaft zogen. Von den Aussperrungen insgesamt endeten für die Arbeiter erfolgreich: 85 = 41,3 pZt. mit 10 999 Beteiligten = 31,9 pZt., teilweise erfolgreich: 82 = 15,5 pZt. mit 11 502 Beteiligten = 33,3 pZt. und erfolglos: 69 = 33,5 pZt. mit 9260 Beteiligten = 27,0 pZt. Der Prozentsatz der erfolgreich beendeten Aussperrungen hat sich gegen das Jahr 1908 um das Doppelte von 21,0 auf 41,3 pZt. erhöht und noch günstiger liegt das Verhältnis bei den an diesen Aussperrungen Beteiligten.

Von den Kämpfen insgesamt endeten erfolgreich: 1132 = 55,4 pZt. mit 56 917 Beteiligten = 43,4 pZt., teilweise erfolgreich: 328 = 16,0 pZt. mit 34 005 Beteiligten = 25,9 pZt. und erfolglos: 485 = 23,7 pZt. mit 33 263 Beteiligten = 25,3 pZt. 51 Kämpfe mit 4189 Beteiligten waren am Jahresluß nicht beendet und von 49 blieb der Ausgang unbekannt, an letzteren waren 2920 Personen beteiligt. Gleich wie die Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung endeten auch die Arbeitskämpfe günstiger als die im Jahre 1908 geführten.

An den Kämpfen waren 46 Verbände beteiligt, davon hatten mehr als 50 Kämpfe folgende Verbände durchzuführen: Maurer 433, Holzarbeiter 280, Bauhilfsarbeiter 224, Metallarbeiter 208, Zimmerer 134, Fabrikarbeiter 97

und Transportarbeiter 71. Das sind zusammen 1447 Kämpfe = 70,8 pZt. der Gesamtzahl. Auf die übrigen 39 Verbände entfallen 598 Kämpfe = 29,2 pZt. Mehr als 5000 Beteiligte hatten im Kampfe zu stehen folgende Verbände: Maurer 24 827, Holzarbeiter 18 221, Bauhilfsarbeiter 15 161, Metallarbeiter 13 927, Bergarbeiter 9410, Fabrikarbeiter 7072, Zimmerer 6930, Schneider 5801 und Textilarbeiter 5485. Von diesen 9 Verbänden waren zusammen 106 834 Personen = 81,4 pZt. der Gesamtzahl an den Kämpfen beteiligt.

Die Ausgabe für die Kämpfe betrug insgesamt M 5 934 453, von dieser Summe wurden M 5 908 144 aus den eigenen Mitteln der Verbände geleistet. Von der Ausgabe entfielen auf die Angriffstreiks M 2 293 817, auf die Abwehrstreiks M 1 749 444 und auf die Aussperrungen M 1 793 939. Es wurden im Jahre 1909 M 1 457 414 mehr für die Durchführung der Arbeitskämpfe ausgegeben als 1908. Auf jeden an den Kämpfen des Jahres 1909 Beteiligten entfällt eine durchschnittliche Unterstützungssumme von M 45,22. 1908 betrug die Durchschnittssumme nur M 35,28. Die ziemlich bedeutende Steigerung des Anteils pro Beteiligten ist ein Beweis dafür, daß die Kämpfe des Jahres 1909 in ihrer Mehrheit von längerer Dauer als im Vorjahre gewesen sind.

Von den an den Kämpfen beteiligten Personen konnte für 121 171 der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst festgestellt werden. Der Verlust an Arbeitszeit betrug insgesamt 2 247 512 Tage. Davon entfielen auf die männlichen Personen 2 143 090 und auf die weiblichen Personen 99 422 Tage. Der Verlust an Arbeitsverdienst betrug bei den männlichen Personen M 10 069 827 und bei den weiblichen Personen M 1 683 108, zusammen M 10 237 935. Von den insgesamt an den Kämpfen beteiligten Personen waren 109 882 männliche und 6402 weibliche in den Streiklisten eingetragen. Von diesen eingetragenen Personen gehörten bei Beginn der Kämpfe 94 924 männliche und 4846 weibliche Personen der Organisation an.

Von dem am Schluß des Jahres beendet gewesenen Kämpfen wurden 1434 = 68,5 pZt. durch Vergleichsverhandlungen beendet.

### Der gewerbliche Arbeitsvertrag.

#### II.

In dem Schlußabsatz des ersten Artikels der vorliegenden Serie (siehe letzte Nummer!) hat sich durch Ausfall einer Zeile eine falsche Darstellung des Schadenersatzanspruches, den der Arbeitgeber an einen Arbeiter bei Kontraktbruch stellen kann, ergeben. Wir bringen deshalb diesen Absatz zunächst noch in richtiger Fassung zum Abdruck:

Wenn nun aber ein Arbeiter die angenommene Arbeit nicht antritt, kann er verpflichtet werden, im Falle, daß es eine feste Arbeit war, an den Arbeitgeber den sechsfachen Betrag des ortsüblichen Tagelohnes zu zahlen, oder er kann auf Antrag des Arbeitgebers verurteilt werden, den ganzen durch seinen Kontraktbruch entstandenen Schaden zu decken. War aber das verabredete Arbeitsverhältnis nur ein aushilfsweises von kürzerer Dauer, kann der ortsübliche Tagelohn nur für diese Zeit vom Arbeitgeber verlangt werden. Man sieht hier also, daß die Strafen für einen kontraktbrüchigen Arbeiter bedeutend höher sind als für einen solchen Arbeitgeber, allerdings mit der Einschränkung, daß von einem arbeitslosen Arbeiter in den meisten Fällen nichts zu holen ist.

Wann kann der Arbeitsvertrag für ungültig erklärt werden?

Vor allen Dingen, wenn eine vertragschließende Partei beim Abschluß in ihrem freien Willen beschränkt wurde, wenn sie getäuscht wurde, oder wenn der Vertrag Bestimmungen enthält, welche gegen die guten Sitten verstoßen. Den ersten beiden Gründen können wir häufig bei Streiks begegnen, besonders zur Zeit des nun eingegangenen Zentralarbeitsnachweises der „Germania“-Znning.

Damals wurde mehrfach bei Streiks an andern Orten unsern Kollegen Arbeit nach den Streiforten angeboten und von diesen dann abgelehnt. Dann wurde ihnen an-

gedroht, daß sie bei beharrlichem Weigern, Streifarbeits zu verrichten, aus den örtlichen Arbeitsnachweisen gestrichen würden. Die Furcht, nunmehr überhaupt keine Arbeit mehr zu bekommen, mag dann wohl manchen Arbeitslosen veranlaßt haben, umzufallen, sich als Streifbrecher verfassend zu lassen.

In solchen Fällen machen die Innungsverbände prompte Arbeit. Das Engagement wird gleich perfekt abgeschlossen, dem Engagierten die Papiere abgenommen und ihm diese erst am Erfüllungsort des Vertrages, also am Streifort, wieder ausgeliefert, nachdem der Vertrag erfüllt ist, also meistens nach Beendigung des Streiks. Da können die Streifposten dann mit Engagementsreden, der zum Streifbrecher Geprüfte wird immer mit der Ausrede kommen: „Was soll ich denn machen? Werde ich vertragsbrüchig, wird man mich verklagen, und ich werde zu den gesetzlich zulässigen Entschädigungsstrafen an den Arbeitgeber beurteilt, und meine Papiere liefert man mir auch nicht aus, verhindert mich also, andere Arbeit zu finden.“

Und doch ist es so leicht, sich vor Schaden zu bewahren. Der Vertragsschließende war beim Abschluß nicht Herr seines freien Willens, ist durch Drohungen veranlaßt, den Vertrag abzuschließen, und darum ist nicht nur der Vertrag anzufechten, nein, es kann sogar der Arbeiter wegen Vor-enthaltung seiner Papiere auf Schadenersatz klagen. Ihm war es dadurch unmöglich gemacht, anderweitig Arbeit zu finden, folglich hat der Schaden zu tragen, der ihn verursacht hat, und zwar für die ganze Dauer der hierdurch verursachten Arbeitslosigkeit.

Genau so anfechtbar ist der Vertrag, wenn ein Vertragsschließender beim Abschluß des Vertrages getäuscht wurde. Wird jemand eine Arbeit vermittelt unter Verschweigung des Umstandes, daß in dem in Frage kommenden Betrieb gestreift wird, so ist auch hier der Vertrag anfechtbar. Der Vertragsschließende war im freien Willen beeinflusst. Er würde den Vertrag nicht abgeschlossen haben, wenn ihm der oben erwähnte Umstand bekannt gewesen wäre; mithin ist der Vertrag anfechtbar.

Hier lassen sich nun allerdings noch eine ganze Reihe anderer Beispiele anführen, so besonders aus Orten mit Tarifverträgen. Nehmen wir an, ein Arbeiter kommt nach einem fremden Orte, wo ein Tarifvertrag besteht, was dem Betreffenden nicht bekannt ist. Sein Arbeitgeber benutzt diese Unkenntnis, bezahlt ihm unter Tariflohn. Später wird dann der Arbeiter aufgeklärt über das Bestehen des Tarifs, wird also gewahrt, daß er zu billig gearbeitet habe. Macht er nun sofort seinen Anspruch auf den zu wenig bezahlten Lohn beim Arbeitgeber geltend, wird er im Falle des Verweigerns seine Ansprüche jederzeit auf dem Gericht durchsetzen können (§ 119 des Bürgerlichen Gesetzbuches).

Nichtig ist auch ein Vertrag, der gegen die guten Sitten verstößt. Was nun unter „guten Sitten“ im Sinne des Gesetzes zu verstehen ist, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Zunächst sind alle Bestimmungen ungültig, welche die Unfittlichkeit fördern. Solche Bestimmungen kann man beispielsweise finden in Arbeitsverträgen, wie sie mit Arbeitern, besonders weiblichen, im Wirtsgewerbe abgeschlossen werden. Sie sind ungültig, weil sie gesetzlich unzulässig sind.

Gesetzlich unzulässig aber sind auch Verträge, durch welche dem Arbeiter seine ihm gesetzlich gewährleisteten Rechte einseitig genommen werden. So hat es zum Beispiel keine Gültigkeit, wenn ein Arbeitgeber seinen Arbeitern bei Strafe kündigungsfreier Entlassung die Zugehörigkeit zu ihrer Gewerkschaft verbietet. Auch wenn der Arbeiter durch Unterschrift dem Arbeitgeber das Recht zu solchen Maßnahmen gegeben hat, wird das Recht der Vertrag als einen ungültigen erklären müssen, weil das Koalitionsrecht dem Arbeiter gesetzlich gewährleistet ist. In diesem Falle kann dann aber das Gericht nicht entscheiden, daß die im Betriebe übliche Kündigungszeit einzuhalten ist, sondern es hat die ganzen über Kündigungszeit handelnden Bestimmungen des Vertrages aufzuheben und auf Erfüllung der gesetzlich eingeführten Kündigungszeit zu erkennen oder auf Schadenersatz wegen Nichtinhaltens

## Beim Jahre Gesangverein „Morgengrauen“, Frankfurt a. M.

### Ein kurzer Rückblick.

Als im Jahre 1900 durch eine gut durchgeführte Lohnbewegung des Bäckerverbandes das Kost- und Logiswesen in Frankfurt a. M. abgeschafft war und dadurch die Bäckergehilfen wirtschaftlich frei wurden, wurde von einigen Kollegen in der Gewerkschaftsversammlung der Wunsch geäußert, wieder einen Gesangverein zu gründen. Da es den Mitgliedern durch die Arbeitszeit im Bäckergewerbe unmöglich war, an einem guten Konzert, einer guten Theatervorstellung usw. teilzunehmen, war es den Mitgliedern ein Bedürfnis, sich auf diesem Wege musikalische Genüsse zu verschaffen, und so kam es, daß im Oktober 1900 der Gesangverein gegründet wurde, als Sektion des Bäckerverbandes, und den Namen, wie sein Vorgänger, „Morgengrauen“ erhielt. (Derselbe bestand schon einmal, von 1896 bis 1898.) Zur musikalischen Leitung wurde der Musiklehrer Herr P. Ginstler gewonnen. Es meldeten sich in der ersten Probe sofort 43 Kollegen, die dem Verein als Sänger beitreten. Der Verein konnte bereits bei der Weihnachtsfeier des Bäckerverbandes 1900 seine erste Probe bestehen. Der Verein entwickelte sich ruhig weiter und konnte dann im August 1901 als erster Verein im Saale des neu erbauten Gewerkschaftshauses unter kolossalem Andrang sein erstes Stiftungsfest feiern.

Es sollte aber kurze Zeit darauf anders kommen. Nachdem die Führer der Lohnbewegung den Staub Frankfurts von den Füßen schütteln mußten, sollte mit der Mitgliedschaft des Verbandes auch zugleich die Gesangssektion den Krebsgang gehen, und so kam es, daß dieselbe im Frühjahr 1902 nur noch aus neun Sängern bestand. Das war eine kritische Zeit; denn der Verband, der seither sämtliche Ausgaben getragen hatte, wollte dieselben nicht mehr tragen, und der Vorstand stellte in einer Mitgliederversammlung den Antrag auf Auflösung der Gesangssektion. Jedoch

die neun verbliebenen Sänger waren anderer Meinung; denn sie hingen mit Lust und Liebe an ihrem einmal lieb-gewonnenen Verein, auch wollten sich dieselben die Blamage einer zweiten Auflösung nicht geben, und so kam es, daß es in einigen Mitgliederversammlungen des Verbandes heiß herging. Man kam schließlich zu einer Einigung dahingehend, daß der Verband die Dirigentkosten bezahlte, dafür aber die Ueberschüsse von den Festlichkeiten des Vereins bekam. Die Sänger erhoben von jetzt ab einen Beitrag von 10 J pro Woche; davon haben dieselben alle sonstigen Ausgaben bestritten. Diese Krise im Verein führte aber auch zugleich dazu, daß ein Wechsel in der musikalischen Leitung des Vereins notwendig wurde; es wurde darauf unser derzeitiger Dirigent, Musiklehrer Herr P. Wintrich, gewonnen.

Der Verein ging von da ab wieder einer besseren Zeit entgegen. Durch die tatkräftige, energische Leitung des neuen Dirigenten setzten die Mitglieder wieder in eine kräftige Agitation ein, und so kam es, daß der Verein bald wieder 30 Sänger zählte. Auch stifteten verschiedene Sänger in genannter Zeit aus Liebe für den Verein einige Chöre, und so kam es, daß der Verein bald wieder eine feste Grundlage hatte. Im April des Jahres 1903 schloß sich der Verein dem Arbeiterfängerbunde an, um dadurch mit gleichgesinnten Sangesgenossen Fühlung zu bekommen. Die Mitgliederzahl des Vereins bewegte sich von da ab immer zwischen 30 bis 50 Sängern.

Bei der allmählichen inneren Kräftigung des Vereins drangen die Mitglieder darauf, auch die Festprogramme besser auszugestalten, und da der Verband den Ueberschuß der Feste bekam, kam es zu Differenzen wegen der Kosten. Die Folge davon war, daß sich der Verein ab 1. Januar 1907 ganz auf eigene Füße stellte und mithin auch alle Ausgaben, Bestreitung der Dirigentkosten usw., zu übernehmen hatte. Es gingen natürlich von jetzt ab auch die Feste auf Rechnung des Vereins. Mit diesem Beschluß ist der Friede in beiden Korporationen eingelehrt und ein gedeihliches Zusammenarbeiten möglich geworden, indem

der Verein nach wie vor nur Mitglieder aufnimmt, die dem Deutschen Bäcker- und Konditorenverbande angehören.

Der Verein nahm dann zu Ostern 1908 an dem Konfurrenzfesten des ersten Bezirks des Arbeiterfängerbundes teil und erzielte dabei 102½ Punkte. Am Dufz- und Bettag des Jahres 1909 gab derselbe sein erstes öffentliches Konzert. Komte der Verein auch hierbei nicht leisten, was einzelne größere Vereine am Orte leisten, so waren doch die Mitglieder desselben für den ersten Anlauf zufrieden.

Das Jahr 1910 brachte dann den Lohnkampf zur Er-ringung des freien Tages in der Woche, und so kam es durch die Schwere desselben, daß auch der Verein in Mitleidenschaft gezogen wurde und hauptsächlich in den Tendenz einen ziemlich großen Verlust hatte. Deshalb muß der Verein zu seiner zehnjährigen Gründungsfeier leider von einem größeren Konzert Abstand nehmen. Hoffen wir, daß der Verlust nur vorübergehend ist und der Verein durch geschickte Agitation sich bald wieder zu einem kräftigen Gliede in der Arbeiterbewegung entwickelt.

Hat uns nun dieser Lohnkampf auch einen Verlust gebracht, so hat er doch einer ziemlich Anzahl Mitgliedern den freien Tag in der Woche gebracht, und so trägt hoffentlich die Wucht unserer Freiheitslieder dazu bei, daß derselbe auf der ganzen Linie errungen wird, um es allen Mitgliedern endlich einmal zu ermöglichen, daß sie ein gutes Konzert oder Theater besuchen können, was bei der Gründung maßgebend war.

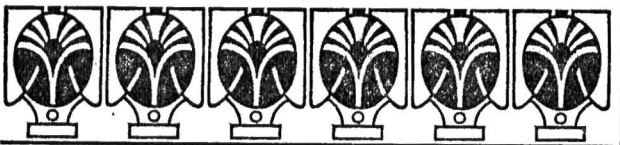
Daß der Verein stets ein treues Glied der deutschen Bäckerbewegung war, geht daraus hervor, daß er außer sämtlichen Festen in Frankfurt a. M. auch die Mitgliedschaften Höchst a. M., Offenbach a. M., Mainz, Wiesbaden, Homburg b. d. Höhe, Friedberg-Nauheim, Hanau a. M. und Darmstadt schon unterstützte.

Darum auf zum frühlichen Werben im neuen Jahrzehnt, damit wir endlich einmal freie Menschen werden, uns zu Nutz, den Segnern zum Trutz!

Der Verein begehrt am 2. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftshause sein zehnjähriges Stiftungsfest.

derjenigen. Nicht ausgeschlossen werden dürfen durch Vertrag diejenigen Gesetze, die zum Schutze der Arbeiter erlassen worden sind. So kann man zum Beispiel keinen Vertrag abschließen, nach welchem der Bäckerarbeiter verpflichtet sein soll, über die durch die Bundesratsverordnung festgesetzte Zeit zu arbeiten, oder nach welchem man sich verpflichtet, das Sonntagsruhegesetz nicht zu beachten, also so lange zu arbeiten, wie es dem Arbeitgeber gefällt. Solche Verträge sind ungültig, und lassen sich rechtliche Ansprüche daraus nicht herleiten. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß ein Arbeiter, der durch seinen Arbeitgeber genötigt wird, über die gesetzlich zulässige Zeit zu arbeiten, nun keine Bezahlung zu verlangen hat. Merdinger haben bereits Gerichte so entschieden, aber es existieren auch gegenteilige Urteile. Jedenfalls kommt es bei solchen Klagen sehr viel auf die mehr oder weniger geschickte Vertretung derselben an. Die Gewerberichter haben meistens das Bestreben, bei jeder Klage einen Vergleich zu erzielen, und je geschickter eine Klage vertreten oder begründet wird, wird auch der Richter in seinem Vergleichsvorschlag dem Kläger zustimmen. Am besten tut man freilich, bei solchen Klagen jeden Vergleich zurückzuweisen. In dem angeführten Falle ist es durch Ueberstunden verdienter Lohn, und darauf verzichtet man nicht durch Vergleich. Man müßte in diesem Falle ungefähr so argumentieren: Der Arbeitgeber hat dadurch, daß er mich genötigt hat, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen zu arbeiten, sich auf meine Kosten bereichert. Das ist verboten. Vereinbarung über Bezahlung dieser Ueberstunden konnte ich nicht abschließen, weil diese ja ungesetzlich sind und damit ungültig. Verweigerung konnte ich die Ueberstunden auch nicht, ohne mich schwer zu schädigen. Der Arbeitgeber würde mir gekündigt haben. Umsonst zu arbeiten, kann von mir kein Mensch verlangen. — Solchen Argumenten gegenüber steht auch ein etwa überholender Richter ziemlich ratlos da, und man hat Aussicht, die Klage zu gewinnen. Wenn trotzdem hier oder da Gerichte zu abweisendem Urteil gelangt sind, so können wir dieses nur als Klassenurteil auffassen. In den Strafgerichtsurteilen begegnen wir ja häufig demselben.

Ungültig ist auch ein Vertrag, nach welchem der dem Arbeitgeber zufallende Teil des Krankentassenbeitrages für den Arbeiter von diesem mit zu tragen ist. Hierbei mag nun eingeflochten werden, daß in dem Falle, wo der Arbeitgeber dem Arbeiter den Krankentassenbeitrag nicht abgezogen hat, er später dazu nicht mehr berechtigt ist. Das Gesetz schreibt vor: „Der Krankentassenbeitrag ist bei jeder Lohnzahlung abzuführen, und wird dieses versäumt, höchstens für zwei aufeinanderfolgende Lohnzahlungsperioden.“ Sehr häufig kommt es vor, daß Arbeitgeber bei Beendigung des Arbeitsvertrages dem Arbeiter für die ganze Dauer desselben den Krankentassenbeitrag abzugreifen versuchen, ohne daß sie vorher davon etwas erwähnt hatten. In solchem Falle ist der Arbeiter berechtigt, den nicht abgezogenen Krankentassenbeitrag als einen Teil seines Lohnes anzusehen. Versucht der Arbeitgeber dann nachträglich doch noch denselben abzugreifen, soll man ruhig klagen, man kommt dann immer zu seinem Recht.



# Verbandsnachrichten.

## Bekanntmachung des Vorstandes.

Am 1. Oktober d. J. tritt das neue Statut in der veränderten Form, wie es vom Verbandstag in Berlin beschlossen ist, in Kraft.

Das neue Material ist vor 14 Tagen an die Zahlstellen des Verbandes und an die Vertrauensleute der Einzelmitglieder versandt.

Es kamen zur Versendung: Mitgliedskarten Statuten, Marken, je ein Kassabuch, Kassiererbücher für Bezirks- und Werkstattkassierer, Abrechnungsformulare, Berichtsformulare über die Beitragszahlung der Mitglieder.

Die neuen Plakate sind bereits seit Wochen versandt und hoffentlich in den Verkaufsstellen der Verbandsorte zum Ausklang gebracht.

Die bisher im Gebrauch befindlichen Aufnahmeformulare werden, solange der Vorrat reicht, noch weiter verwendet und dann werden auch neue Aufnahmeformulare hergestellt.

Die neuen Mitgliedskarten sind genau wie bisher die Mitgliedsbücher in den Zahlstellen als Wertzeichen des Verbandes zu führen, und in den Monatsabrechnungen deren Bestand nach Angabe über deren Verkauf mit aufzuführen. Zahlstellen, die nur noch einen geringen Bestand an Mitgliedsbüchern haben, verbrauchen diese noch bei Neuaufnahmen von Mitgliedern, und danach erhalten die dann neu eintretenden Mitglieder für das erste Jahr ihrer Mitgliedschaft im Verbande nur die Mitgliedskarten ausgestellt, während sie im Mitgliedsbuch erst dann, und zwar gegen Einlösung der Mitgliedskarte, von der Hauptverwaltung ausgestellt erhalten, wenn sie mindestens ein Jahr dem Verbande angehören und für ein Jahr (52 Wochen) ihre Beiträge bezahlt haben. — Zahlstellen mit größerem Bestand an Mitgliedsbüchern geht eine besondere Aufforderung zu, diese vorrätigen Mitgliedsbücher mit der Abrechnung für den Monat September einzusenden. Sie haben von da an neu eintretenden Mitgliedern die Mitgliedskarten auszustellen.

Ersatzbücher für verloren gegangene oder unbrauchbar gewordene Mitgliedsbücher werden in Zukunft nur auf Antrag der Kassierer der Zahlstellen zum Preise von pro Stück 50 ₤ von der Hauptverwaltung ausgestellt.

Ersatzkarten für verloren gegangene oder unbrauchbar gewordene Mitgliedskarten werden dagegen von den Kassierern der Zahlstellen zum Preise von pro Stück 20 ₤ ausgestellt.

Der Eintritt in den Verband kostet wie bisher 50 ₤, welcher Betrag für die Mitgliedskarte in der Abrechnung aufzuführen ist.

Die neuen Mitgliedskarten sind nicht numeriert; es ist den Kassierern der Zahlstellen freigestellt, diesen Mitgliedskarten Ortsnummern zu geben, oder dieselben in alphabetischer Ordnung besonders in der Mitgliederliste aufzuführen.

Von den neuen Statutenbüchern sind den Zahlstellen ungefähr soviel gesandt worden, daß jedes Mitglied von dem jetzigen Mitgliederbestande ein Statut ausgehändigt bekommen kann und auch noch Vorrat für neu eintretende in den Zahlstellen vorhanden ist.

Die Beitragsmarken à 25, 50 und 60 ₤, welche jetzt in den Zahlstellen vorhanden sind, bleiben auch weiter im Gebrauch. Dazu wurden, entsprechend den Bestimmungen des Statuts, den Zahlstellen (bei denen nicht nach untenstehender Bekanntmachung einige Klassen von Beiträgen ausgefallen sind) die Marken zu 40, 75 und eventuell auch 60 ₤ (wo letztere bisher noch nicht vorrätig waren) zugesandt.

Jeder Zahlstelle ging ein neues Kassabuch und eine Anzahl Kassiererbücher, letztere zum Gebrauch für die Bezirks- und Werkstattkassierer, zu. Dieselben sind am 1. Oktober in Benutzung zu nehmen.

Die neuen Abrechnungsformulare sind entsprechend eingerichtet und für die Abrechnung für Oktober und die folgenden Monate zu gebrauchen. Auf den Abrechnungsformularen ist Platz dafür vorhanden, auch die noch vorhandenen Exemplare der „Geschichte der Deutschen Bäcker- und Konditorbewegung“ und etwaige andere Wertzeichen und Marken mit aufzuführen. Zahlstellen, welche nicht regelmäßig ihre Hebeliste mit der Monatsabrechnung an den Hauptkassierer einsenden, erhielten außer den Abrechnungsformularen noch besondere Berichtsformulare über die Beitragszahlung der Mitglieder zugesandt. Diese Berichtsformulare sind in Zukunft ebenso genau auszufüllen und mit der Abrechnung einzusenden, wie das bisher auf der Rückseite der Abrechnungsformulare geschehen mußte.

Auf diesen Berichtsformularen sind die neuen Mitglieder, die im Besitze von Mitgliedskarten sind, besonders aufzuführen.

Die jetzt gebräuchlichen Mitgliederlisten (Heberegister) in den Zahlstellen bleiben auch ferner im Gebrauch.

In denselben ist ab 1. Oktober in der betreffenden Rubrik für die Beitragszahlung im Oktober mit Tinte geschrieben, deutlich lesbar anzugeben, ob das Mitglied 25, 40, 50, 60 oder 75 ₤ wöchentlichen Beitrag bezahlt. Tritt später ein Mitglied infolge höheren Verdienstes oder freiwillig in eine höhere Beitragsklasse ein, so ist in der gleichen Weise im Heberegister von der betreffenden Woche an dieses zu vermerken.

Neue Anweisungen zur Geschäftsführung in den Zahlstellen werden erst vom Verbandsvorstand hergestellt und herausgegeben, nachdem sich die Staffelleistungen in der Organisation eingelebt und damit praktische Erfahrungen gesammelt sind. Die bisher gelieferten „Anweisungen“ sind in Zukunft nur noch zum Teil anwendbar auf die jetzigen Einrichtungen in der Organisation.

Ueber die Beitragszahlung nach den Beschlüssen des Verbandstages bestimmt das neue Statut folgendes:

§ 14. Der wöchentliche Beitrag wird durch Marken im Mitgliedsbuch (Mitgliedskarte) quittiert und beträgt:

25 ₤ bei einem Wochenverdienst.....	bis M. 14
40 " " " " " " " " " " " " " " " "	über M. 14 " " 18
50 " " " " " " " " " " " " " " " "	" " " " 18 " " 24
60 " " " " " " " " " " " " " " " "	" " " " 24 " " 30
75 " " " " " " " " " " " " " " " "	" " " " 30 " " 30
Für volle Kost und Logis sind.....	" 12
zugrunde zu legen. " " " " " " " " " "	" 9

Ueber die Berechnung aller Zwischenstufen in den Entlohnungsarten und in sonstigen Streitfällen entscheidet der Verbandsvorstand.

§ 15. Zahlstellen, für deren Gebiet Lohnsätze oder ähnliche Bestimmungen über die örtlichen Lohnverhältnisse bestehen, können in ihren Mitgliederversammlungen beschließen, daß eine oder mehrere Staffeln von Wochenbeiträgen ausscheiden. Solcher Beschluß und eventuell seine Wiederaufhebung bedürfen der Genehmigung des Verbandsvorstandes, der dieses im Fachorgan bekanntgibt.

§ 16. Allen Mitgliedern in Zahlstellen, für welche ein solcher Beschluß nach § 15 nicht besteht, ist jederzeit gestattet, aus einer niedrigeren Beitragsklasse in eine höhere einzutreten, auch wenn sie den für diese Beitragsklasse maßgebenden Lohn nicht verdienen.

Der Eintritt aus einer höheren in eine niedrigere Beitragsklasse ist dagegen nur am Beginn des Kalenderhalbjahres zulässig.

Nach § 16 des Statuts hat auf Antrag dieser Zahlstellen der Verbandsvorstand beschlossen, daß in nachbenannten Zahlstellen folgende Beitragsstaffeln ausfallen:

Amberg 40 ₤, Bad Reichenhall 40, Bernburg 50, Dortmund 40 und 50, Eberfeld 40, Essen 25 und 40, Forst 40, Gießen 25 und 40, Hanau 25 und 40, Karlsruhe 40, Kiel 25, 40 und 50, Lüdenscheid 40 und 50, Mainz 40, München 40 und 50, Osnabrück 25 und 40, Regensburg 50, Rosenheim 40, Schweinfurt 40, Stendal 40 und Tangermünde 40 ₤.

Für Berlin fallen für Bäcker und Konditoren in Bäckereien die Staffeln à 25, 40 und 50 ₤ aus; letztere Staffeln sind aber für die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Fabrikbranche zulässig.

In Landshut fällt für die Bäcker, die im Tarifverhältnis arbeiten, die 40- und 50-Pennig-Klasse aus.

Die Marken à 25 ₤ werden nur den Zahlstellen zugesandt, die bisher schon Lehrlinge, jugendliche Arbeiter oder weibliche Mitglieder besaßen.

Sollte eine der andern Zahlstellen in nächster Zeit Lehrlinge, jugendliche Arbeiter oder Arbeiterinnen als Mitglieder bekommen, so kann sie auf Bestellung Marken à 25 ₤ geliefert erhalten.

Die Marken à 40, 50, 60 und 75 ₤ sind nach der Sendung in allen hier nicht besonders aufgeführten Zahlstellen vorrätig.

Nach dem Statut richtet sich die Höhe des Beitrages überall nach dem Wochenverdienst; Aufrücken aus einer niederen in eine höhere Beitragsklasse wegen Erhöhung des Wochenverdienstes und ebenso freiwilliges Aufrücken der Mitglieder aus einer niederen in eine höhere Beitragsklasse ist jede Woche zulässig.

Das Heruntergehen aus einer höheren in eine niedere Klasse infolge geringer gewordenen Wochenverdienstes ist dagegen nur mit der ersten Beitragswoche des Jahres 1911 und weiter mit der ersten Beitragswoche jedes neuen Halbjahres zulässig.

Die Vorstände der Zahlstellen und besonders die Kassierer, Bezirks- und Werkstattkassierer werden dringend ersucht, sich diese neuen Bestimmungen genau einzuprägen und danach zu handeln.

Auf viele Anfragen sei hier nochmals hervorgehoben, daß die Kassierer der Zahlstellen noch solange von dem Vorrat an alten Mitgliedsbüchern bei Neuaufnahmen brauchen, bis ihnen die besondere Aufforderung zugeht, den Bestand an Mitgliedsbüchern an die Hauptverwaltung einzusenden. Wo dagegen Mitgliedsbücher nicht mehr vorhanden sind, werden neu eintretenden Mitgliedern die Mitgliedskarten ausgestellt.

Für die Ausbezahlung der Erwerbslosenunterstützung tritt die Neuierung des § 31 auf Seite 40 des neuen Statuts in Kraft, welcher die Unterstützungsauszahlung für solche Mitglieder regelt, die in der Woche einen oder mehrere Tage zur Mithilfe gearbeitet haben. Man beachte also diese Bestimmung genau und handle überall danach!

Anträge auf Umzugsunterstützung sind nur von der Zahlstelle an die Hauptverwaltung zu richten, in welcher das Mitglied neu zugezogen ist. Man beachte dabei die §§ 33 bis 36 (Seite 41 des Statuts).

**Der Verbandsvorstand.**  
J. A.: D. Altmann, Vorsitzender.

## Quittung.

Vom 12. bis 18. September gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für August: Tangermünde M. 54,70, Biersen 28,80, Bernburg 30,40, Erfurt 36,60, Parburg 139,10, Zeitz 286,40, Magdeburg 623,50, Striegau 30, Plauen i. B. 57,60, Schwabach 30,40, Suhl 38,20, Straßburg 73,60, Dortmund 159,40, Schwertin 12,40, Wahreuth 36,80, Traunstein 49,20, Amberg 71, Leisnig 9,60, Lüdenscheid 41,80, Wani 52,10, Forst 30,90, Gera 133,50, Waldburg 31,30, Freiburg 72,50, Stendal 22,40, Osnabrück 27,20, Oldenburg 37,60, Deggenborn 29,10, Braunschweig 226,40, Stettin 215,90, Danzig 180, Hof 30,80, Jmenau 48, Rosenheim 177, Hagen 45,40, Begeßad 26,50, Neumünster 43,40, Weißwasser 12, Colmar 12, Kaiserslautern 37,70, Weippenfels 39,20, Brandenburg 73,70, Chemnitz 202,50, Saarbrücken 74,90, Passau 63,30, Schönebeck 25,20, Rudolfsbad 23,40, Bremen 192,90, Marburg 14,80, Gdrlitz 43,70, Uetersen 23,10, Hanau 24,90, Königsberg 38,20, Welsenfirchen 35,15, Schmöln 22,40.

Von Einzelnählern der Hauptkasse: P. Sch.-Zwickau M. 23, L. G.-Felsberg 5, A. B.-Waldburg 5, A. D.-Voritz 2, D. K.-Loitz 5, W. K.-Miebnitz 3, D. G.-Geißelhöring 3, W. B.-Langenberg 7, W. Sch.-Eilbe 3, A. Sch.-Lörrach 3, Th. W.-Kulte 7,80, J. M.-Zweiwürden 38,75, F. B.-Leisnig i. B. 14, G. B.-Wandberg 22, G. W.-Mitterteich 2,50, W. K.-Wonn 2,50, G. Sch.-Wickede 4,50.

Für Abonnements und Annoncen: Zentral-Krankenkasse Plauen i. B. M. 11,50, Osnabrück 3, Stettin 15,60, A. N.-München 6.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorbewegung“: D. Sch.-Potsdam M. 24, Lüdenscheid 2, G. W.-Münsterberg 6, Stettin 16, Rosenheim 8, B.-Stockholm 16, Kaiserslautern 2, München 12, Chemnitz 12.

Mit der Abrechnung an die Hauptkasse für Monat August reistern folgende Zahlstellen: Cottbus, Düsseldorf und Wittenberg.

Berichtigung. In Nr. 38 muß es heißen: Solingen M. 89,60, statt M. 12,40.

Der Hauptkassierer. D. Freitag.

Aus den Bezirken.

Cottbus. Der Arbeitsnachweis für die Mitglieder der Lausitz befindet sich in Cottbus, Zentralherberge, Sub. Wm. Liesk, Schloßkirchstr. 12.

Sagen-Schwerte. Adresse des Vorsitzenden: Simon Hillmeyer, Sagen, Wasserstr. 8. Adresse des Kassierers: Wilhelm Noackmann, Schwerte, Beckenstr. 94.

Sterbetafel.

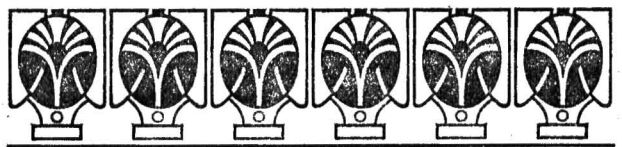
Brandenburg. Karl Schorstein, freiwillig aus dem Leben geschieden am 29. August im Alter von 44 Jahren. Ehre seinem Andenken!

Heute ist der 39. Wochenbeitrag (25. September bis 1. Oktober) fällig.

Lohnbewegungen und Streiks.

Fabrikbranche.

Neuer Tarifabschluss in der Nürnberger Lebensmittelindustrie. In Nürnberg ist es in den letzten Tagen zu einem friedlichen Abschluß eines neuen Tarifes zwischen unserer Organisation und den dortigen Fabrikanten der Lebensmittelindustrie gekommen, ohne daß erst der offene Kampf entbrennen mußte.



Korrespondenzen.

Bäder.

Bad Reichenhall. Unsere Mitgliedschaft ließ es sich nicht nehmen, das zehnjährige Bestehen mit einer Festversammlung zu begehen, die am 8. September stattfand. Zu derselben fanden sich auch die Kollegen von Salzburg in schöner Zahl ein, desgleichen Delegierte von Hallein und Traunstein.

Agitationsversammlungen.

Bezirk Köln a. Rh. Am 4. September begann die Tour in Düsseldorf mit einer ziemlich gut besuchten Versammlung (70 Personen). Nach dem Referat entspann sich eine rege Debatte, an der sich die Kollegen Otertag, Crull und Meiswinkel beteiligten.

Bezirk Dresden. Hier fanden 17 Versammlungen statt. Die Versammlungen für die Fabrikbranche waren durchweg recht gut besucht und die Stimmung dort eine vorzügliche. Die Kollegen und Kolleginnen hatten alles aufgeboten, um die uns noch Fernstehenden zum Besuch der Versammlungen zu bewegen.

Unterdrückungsversuchen unserer Arbeitgeber bekannt zu machen. Aber anscheinend merken unsere Berufsangehörigen in diesem Bezirk noch nicht, daß sie nur als Ausbeutungssobjekte benutzt werden; denn anders läßt sich ihre Gleichgültigkeit gar nicht erklären.

Bezirk Erfurt (Westen). Die Versammlungen in Koburg, Meiningen, Eisenach, Gotha und Arnstadt waren teils recht gut, teils leidlich besucht; bis zu 50 pzt. aller am Orte arbeitenden Kollegen waren erschienen, und es wurden auch überall einige Aufnahmen gemacht.

Bezirk Offen. Rauchende Schornsteine und dröhnende Hämmer sind das Wahrzeichen in diesem riesigen Industriegebiet. Die Macht des Kapitals und die grenzenlose Ausbeutung der erwerbstätigen Bevölkerung sind die hier jedem auffallenden Merkmale der modernen kapitalistischen Konzentration.

Die Versammlung in Sagen war von über 30 Kollegen besucht, einige Aufnahmen wurden gemacht. Dort wurde anschließend an das Referat ganz besonders das koalitionsfeindliche Verhalten eines Großbetriebes (Kortmann & Kaiser) scharf kritisiert.

als gut zu bezeichnen. Einige Aufnahmen waren in Essen zu verzeichnen. — In Duisburg ließen die Kollegen infolge des ungünstigen Tages die Versammlung ausfallen, doch fanden sich einige Kollegen zu einer zwanglosen Besprechung über die auch dort sehr traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein. — Einen guten Besuch hatte die Versammlung in Elberfeld. Eine intensive und forterre Arbeit der dortigen Zahlstellenleitung scheint das gegenseitige Vertrauen ganz besonders gefördert zu haben, was eine weitere gute Entwicklung dieser Zahlstelle verbürgt. In dieser Versammlung zeigte sich auch, daß in Elberfeld nur noch einige Exemplare eines christlichen Bäckerverbandes vorhanden sind. In der Diskussion wurde nicht nur alles, bis auf die „parteiliche“ Tendenz unserer Organisation anerkannt und unterstrichen, sondern man wagte auch auch gar nicht, die so sehr in Mißkredit geratene christliche Organisation zu empfehlen, sondern man propagierte vielmehr für eine einzige und geschlossene Arbeiterorganisation gegenüber der entwickelten Koalition des Unternehmertums. — Die Versammlung in Barren war von 50 Kollegen besucht. Die letztgenannten Versammlungen brachten gleichfalls mehrere Aufnahmen. — Den Schluß der Tour bildete eine nur von Mitgliedern besuchte Versammlung in dem bergischen Städtchen Udenscheid. Durch unermüdete und zähe Arbeit wird auch in diesem für die Organisation ungewöhnlich fruchtbaren Gebiet den scharfmacherischen Unternehmervereinigungen unserer Branchen eine immer geschlossener Macht der gemeinsam schaffenden Arbeit entgegengestellt werden können. K. M.

**Bezirk Herford.** Die Tour begann in Bad Dohnhausen; schlechtes Wetter und die altbekannte Furcht hatte die meisten Kollegen der dortigen Brotfabrik ferngehalten; vier Kollegen waren erschienen. — In Herford litt der Besuch der Fabrikversammlung, zirka 60 Personen waren erschienen, unter der dortigen Gewerbeausstellung, wo alles, da es der letzte Tag war, hinströmte. Alle Anwesenden waren organisiert. Den Herforder Bäckergehilfen muß es noch ganz besonders gut gehen; denn nur ein einziger war zur Versammlung erschienen. — Das gleiche gilt für die Fabrikbranche in Schötmär. Hier war auch nur einer zur Versammlung erschienen; trotzdem das schlechte Wetter den Leuten die Möglichkeit resp. Ausrede nahm, abends ihr Stüchlein Land bestellen zu müssen. — In Detmold scheinen einige Kollegen der Fabrikbranche sich durch Liebedienerei bei den Fabrikanten in gute Erinnerung bringen zu wollen; viele Kollegen und Kolleginnen blieben aus Furcht vor Maßregelungen der Versammlung fern. Eine Aufnahme wurde gemacht. — In Bielefeld hatte die Firma Stratmann & Meier durch rigorose Maßnahmen betreffs der Strafgehalte dafür gesorgt, daß die Versammlung gut besucht war. 118 Personen waren erschienen und 23 Aufnahmen wurden vollzogen. Eine große Anzahl will sich diese Woche noch anschließen. Die beste Antwort an die Firma Von den Bielefelder Bäckergehilfen waren nur die Mitglieder erschienen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich die rührige Mitarbeit der Bielefelder Konsumbäcker lobend erwähnen, die außerordentlich lehrhaft tätig sind. Es wäre zu wünschen, daß allerorts unsere Konsum- und Genossenschaftsbäcker sich derartig in der Agitation betätigen. — In Osnabrück waren elf Personen erschienen; Aufnahmen waren nicht zu erzielen. — In Münster waren vier Personen erschienen, wovon sich drei Nichtorganisierte sofort aufnehmen ließen. Wir werden in diesem „schwarzen“ Städtchen hoffentlich recht bald Fortschritte machen. — In der letzten Stadt, Hamm, hatte sich ein Lagerist der Firma Gerbracht eingefunden, so daß die Arbeiterinnen sich nicht ins Lokal hinein wagten und ein bereits im Lokal anwesender Kollege auch bald wieder fortging. Der Spion erklärte in seiner Frechheit rund heraus, daß er nur die Interessen seines Fabrikanten vertreten wolle und keinen Verband gebrauche. Er wurde auf den Dank hingewiesen, den er später einmal dafür ernten würde. In Hamm muß vor allen Dingen erst auf dem Wege der Hausagitation etwas geschaffen werden. Ingesamt hat die Tour den Gewinn 28 neuer Mitkämpfer und -Kämpferinnen gezeitigt und bedürfen weitere Erfolge noch mancher Mühe und Aufopferung seitens aller unserer Kollegen und Kolleginnen. W. W.

**Bezirk Leipzig.** Vom 4. bis 17. September fanden im Bezirk Leipzig die angelegtesten 13 Agitationsversammlungen statt. Besonders rückständig sind die Kollegen in den hochindustriellen Weberstädten Grimmitzschau, Merane, Glaucha, der Kohlenstadt Zwickau usw. Wenn auch überall neue Mitglieder gewonnen wurden, so ist doch der Versammlungsbesuch im allgemeinen ein zu schwacher gewesen, und muß dies in Zukunft besser werden. Zur Kennzeichnung der Verhältnisse in Zwickau mag dienen, daß an dem Tage, wo die Versammlung stattfand, sich ein Bäckerlehrling erhängt hatte; es war ein Waisenkind und soll eine nicht allzuferne Behandlung gehabt haben. Solche Fälle sind in Zwickau in letzter Zeit mehrere vorgekommen. Sehr gut besucht war die Versammlung in Altenburg. Anwesende Gelbe fanden nicht den Mut, an der Diskussion sich zu beteiligen. In einer nachfolgenden persönlichen Aussprache gaben sie uns in allen Punkten recht. Sie meinten, wer nicht zu den Gelben geht, wird von den Meistern nicht beschäftigt. Also Terrorismus seitens der Meister. Dies darf die Kollegen dort aber nicht abhalten, immer wieder mit den Kollegen in Fühlung zu treten; denn nicht böser Wille ist es, der die Kollegen von der Organisation fernhält, sondern meist nur Unwissenheit über die Bedeutung der Organisation. In der Großstadt Plauen ist eine Gleichgültigkeit der Kollegen vorhanden, die sich auch in den dort bestehenden Verhältnissen äußert. Eine ungeheure Lehrlingszüchtereier und niedrige Löhne sind dort allgemein Brauch. Die Kollegen in den Konsumbäckereien müssen dort alles aufbieten, um diesen Mann zu brechen; denn dadurch sind die Verhältnisse zu bessern. Zu einer wahren Demonstration gegen die elenden Löhne, schlechte Behandlung und sonstigen Ausbeutungspraktiken der Firma Kriechsch gestaltete sich die Versammlung in Würzen. Das Lokal erwies sich als viel zu klein, und viele mußten wieder umkehren, weil sie keinen Platz in demselben bekommen konnten. Mit heller Begeisterung folgten die Anwesenden dem Referenten und den Ausführungen des Kollegen Sig. Weber ein halbes Hundert schloß sich der Organisation an. Kollegen und Kolleginnen! Jetzt heißt es,

nicht eher ruhen, bis auch der letzte der Organisation zugeführt ist; dann können wir auch schneller von unsern Leiden erlöst werden. Dies gilt auch für die Kollegen der übrigen Orte. Nicht ruhen und rasten, bis auch der letzte Mann herangeholt ist. G. F.

**Im Bezirk Lübeck und Mecklenburg** sind die Agitationsversammlungen im allgemeinen, wenn man von Lübeck absteht, unbefriedigt verlaufen. Es ist unerklärlich, daß in diesem Landesstrich, der geographisch zwischen Berlin und Hamburg sehr günstig liegt, solche rückständige Verhältnisse und Zustände, wie sie nicht schlimmer in dem feudalen Osten zu finden sind, bestehen. Es muß demnach unsere Aufgabe sein, durch planmäßige Aufklärungsarbeit den finstern Indifferentismus von unsern Berufskollegen zu beseitigen. Die Lebensfähigkeit für eine Bewegung ist in der Entwicklung der dortigen allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse gegeben, und es besteht kein

Hier besteht die Aussicht, daß der Verband demnächst Fuß fassen wird. Die ersten Schritte sind gemacht, hoffentlich war die Mühe keine vergebliche. — In Lübeck war die Versammlung auch noch mäßig besucht; die Bewegung in dieser Stadt ist aber beständig in der Weiterentwicklung begriffen. Die Disziplin und die Ruhe der Versammlungsbesucher war musterhaft; man konnte die langjährige Arbeit und Erziehung der Organisation mit Freude genießen. Die älteren Kämpfer unserer Bewegung waren vollzählig da und sporteten den Nachwuchs nach dem Referat zur eifrigen Agitationsarbeit an. Doch scheint es immerhin, als hätten die Lübecker Verbandsmitglieder die Verbindung mit den jungen Kollegen etwas verloren. Hier muß die Arbeit zur Weiterentwicklung des Verbandes besser einsehen.

Wenn diese Agitationstour auch keine großen Erfolge gebracht hat, so liegt es eben daran, daß der Boden im Oberrheinlande noch sehr hart ist. Doch die fortwährende Aufklärungsarbeit wird auch die dortigen Berufskollegen der Organisation zuführen. A. G.

**Bezirk Nürnberg.** Am 6. September begann ich meine Tour in Regensburg, wo einigermaßen Verbandsleben herrschte. Die Versammlung war von 60 Kollegen besucht und wurde durch zwei treffliche Chorgesänge des Gesangsvereins eingeleitet. Nach dem Referat traten zwei Kollegen dem Verbands bei. — In Schweinfurt waren 19 Kollegen versammelt, und zeigte sich hier ein kollegiales Leben zwischen den Konsumbäckern und den übrigen Kollegen, wie selten anzutreffen. Der Gehilfenverein hatte seine Mitglieder von der Versammlung ferngehalten, wohl in der irrigen Meinung, daß der Verband eine Konkurrenzorganisation des Vereins sei — oder sind diese Kollegen so abgebarret, daß sie die täglichen Schläge der Arbeitgeber, in Gestalt erbärmlichster Ausbeutung, nicht spüren? Ein Kollege trat dem Verbands bei. — In Hof war die Versammlung der Bäcker auf den Abend mit der der Fabrikbranche verschoben, was sicher ein Fehler war, da der Beweis wiederholt erbracht wurde, daß auch an den „Nichtausgehtagen“ der Bäcker schon gute Versammlungen zustande gekommen sind. Die Abendversammlung, durch Regenwetter ungünstig beeinflusst, war schwach besucht. Drei Kollegen schlossen sich den Kämpfern an. — In Marktredwitz, wo außer den Konsumbäckern nur ein Duzend Kollegen beschäftigt sind, waren acht Kollegen erschienen; zwei neue Mitglieder wurden gewonnen. — In Schwabach traten die letzten zwei Unorganisierten dem Verbands bei. — In Nürnberg wurde wegen der Lohnbewegung der Fabrikbranche von einer allgemeinen Versammlung Abstand genommen und fand eine Betriebsversammlung einer bei der Bewegung nicht in Betracht kommenden Oblatenfabrik statt, wo die Mehrheit der Beschäftigten (29) erschienen waren und auch alle bisher unorganisierten (18) dem Verbands beitraten, darunter 14 weibliche. Dies schöne Beispiel der Nürnberger Arbeiterinnen ist allen Kolleginnen und Kollegen anderer Städte zu empfehlen. Die Nürnberger Bäckermeister, vom bösen Gewissen geplagt, versuchen mit Zudeckbrot — Parbon — Freibier, unsere Kollegen von einer Versammlung fernzuhalten; sie hatten sich bei einem Teil nicht verrechnet. Die Vereinsvorsitzende — obwohl sie den „Gelben“ nicht angehören — ließen sich als Werkzeuge zu diesen Judasdienern verwenden und kündigten das Freibier in den Vereinslokalen an. Nur wenige Unorganisierte waren der Verlockung aus dem Wege gegangen. Unsere Versammlung war von 140 Kollegen besucht und 6 Aufnahmen konnten vollzogen werden. Ein feiger Bäckermeister beobachtete aus dem Hintergrunde eines Nachbarhauses die Versammlungsteilnehmer. — In Fürth, dem letzten Versammlungsort, waren 17 Kollegen anwesend, den übrigen war eine Kirchweih in der Nähe Fürths wichtiger. Im übrigen ist es Ehrenpflicht der Kollegen in Fürth, mehr als bisher dahin zu trachten, durch praktische Mitarbeit sich mehr Selbstständigkeit in der Verwaltung anzueignen. — Das Gesamtergebnis der Tour sind 84 Aufnahmen. Mögen die neugewonnenen Mitglieder keine Mitläufer, sondern überzeugte Mitstreiter unserer gerechten Sache sowie Mitausbreiter unserer Organisation werden. J. R.

**Bezirk Regensburg.** Die Versammlung in Regensburg war von gutem Geiste beseelt, und gewann ich bei der Diskussion den Eindruck, daß sich diese Kollegen schon zu tüchtigen, überzeugten Gewerkschaftlern herangebildet haben. Der Besuch der Versammlung hätte allerdings ein bedeutend besserer sein dürfen; es mag aber sein, daß der den ganzen Tag niedergehende Regen einen guten Teil mit zu dem schlechten Besuch beigetragen hat. Immerhin dürfen die dortigen Kollegen in der Kleinarbeit nicht erlahmen; denn dem dort anzustellenden Bezirksleiter wird es nur dann möglich sein, die nötigen Fortschritte zu machen, wenn sich alle Kollegen dieser Arbeit unterziehen. — In Straubing waren fast alle am Orte beschäftigten Kollegen in der Versammlung und dürften die Erfolge, wenn in Zukunft die Organisation dort so weiterarbeitet, auch nicht ausbleiben. Drei der älteren Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. — In Amberg waren die Kollegen ebenfalls zahlreich erschienen, und ließen es sich auch die Kollegen der Umgegend (Sulzbach, Rosenbergs usw.) nicht nehmen, in der Versammlung zu erscheinen. Die Diskussion bewegte sich in sehr sachlichem Rahmen; es wurde besonders auf die jüngeren Kollegen verwiesen, die in letzter Zeit glaubten, nur in Tanz und Spiel ihr Heil suchen zu dürfen. Als auch diese das Versprechen abgaben, in Zukunft sich mehr um ihre Organisation zu kümmern, kam allgemein zum Durchbruch, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis der letzte Kollege in der schwarzen Oberpfalz in unsern Reihen steht. Im großen und ganzen wird es auch in diesem Bezirk weiter vorwärts gehen, trotz aller möglichen Terrorismusmittel unserer Unternehmer. H. H.

Wegen Raummangels mußte ein Teil der Agitationsberichte zurückgestellt werden. Die Redaktion.

**Wichtig**  
für alle Verbandsmitglieder  
ist die  
**Geschichte d. Deutschen**  
**Bäcker- und Konditor-**  
**bewegung (zwei Bände)**  
von O. Allmann.

**Die Geschichte** schildert die Entstehung des Gewerbes von den Ursprüngen bis zu den modernen Fabriken.

**Die Geschichte** enthält wertvolle historische Dokumente, die bisher noch nicht veröffentlicht wurden.

**Die Geschichte** bringt eine erschöpfende Darstellung über die Gesellenbewegung aus früheren Jahrhunderten bis zur heutigen Zeit.

**Die Geschichte** stellt zusammenfassend alle wichtigen Begebenheiten seit Gründung des Verbandes der Bäcker und Konditoren dar.

**Die Geschichte** ist daher für ein jedes Mitglied unentbehrlich, wenn es sich in alle wichtigen Vorkommnisse der Bewegung vertiefen will.

An die Mitglieder wird die „Geschichte“ (zwei Bände in geschmackvollem Leinwandeinband) gegenwärtig noch für Mk. 2 abgegeben, kostet aber vom 1. Januar 1911 ab Mk. 4.

Das Werk muß ein jedes Mitglied besitzen, das die Geschichte seines Berufes und seiner Organisation kennen lernen will. Deshalb beziehe jeder Kollege, der dies bisher noch versäumte, jetzt, bevor die Preiserhöhung eintritt, das Werk für seine Privatbibliothek.

In den Zahlstellen nehmen die Verbandsfunktionäre die Bestellungen entgegen; Einzelmitglieder können das Werk gegen Einsendung des Betrages direkt durch Unterzeichneten beziehen.

Für Nichtmitglieder beträgt der Preis für die zwei Bände Mk. 6.

Hamburg 1, Besenbinderhof 57.

**Der Verbandsvorstand.**

Zweifel, daß auch in diesem verfassungslosen Lande unsere Kollegen, wenn sie erst von der verblödeten Harmonie- und Bruderschaften und andern Vereinigungen befreit werden, den Weg zum Verbands finden. Die Versammlung am 7. September in Ostod war mäßig besucht. Die Kollegen aus der Genossenschaft waren gut vertreten. Von den anwesenden „Gelben“ hatte keiner den Mut gefunden, ihre verwerflichen Handlungen zu verteidigen. So still wie sie in die Versammlung gekommen sind, so heimlich haben diese biedereren Handwerker dieselbe verlassen. Abends fand eine Versammlung für die Arbeiter der Zudeckwarenfabrik statt. Die Anwesenden folgten mit sichtbarem Ernste den Ausführungen des Referenten, und zweifellos wären auch die Erfolge nicht ausgeblieben, wenn nicht einer von den Konditoren das Bedürfnis hätte, für die Firma Friedrichs eintreten zu müssen und auf seine Arbeitskollegen schimpfte. Festgestellt wurde, daß bei dem Großherzoglichen Hoflieferanten Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen, die skandalös zu nennen sind. — Die Versammlung am 8. September in Schweinfurt war stark von „Gelben“ besucht. Man gewann aber den Eindruck, daß diese renitenten Schreier eigentlich keine „Gelben“ sind, sondern ihre Handlung lediglich auf die Verwirrung ihrer Anschauung zurückzuführen sei. Einzelne Bäckermeisterhölzer, die die Funktion in diesem fragwürdigen Verein als Führer haben, beschwerten sich über die unanständige Kampfesart des Verbandes. Die andern „Gelben“ sekundierten diesem Gefasel Weisfall. — In Wismar sind Klagen laut geworden, daß die Versammlung zu spät (dieselbe war um 8 Uhr abends) angesetzt war.

### Aus Unternehmerkreisen.

#### Bäckerei.

**Der allgemeine Innungs- und Handwerkskammertag, der am 29. und 30. August in Berlin tagte, förderte der Tendenz der Zünftler gemäß die rückständigsten Beschlüsse zutage.** Schon die Begrüßungsreden brachten die Vertreter der reaktionären Parteien, wie der Konservativen, der Freisinnigen, des Zentrums, der wirtschaftlichen Vereinigung und der Liberalen auf die Wildflüsse, welche in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen um die Handwerksvertreter buhlten. Mit klingender Münze suchte schon vorher der Hansfabund den Zentralausschuß deutscher Innungsverbände zu fördern und überwies M 15 000 zur Beihilfe für Handwerker zum Besuche der Weltausstellung in Brüssel.

Von den gefaßten Beschlüssen wollen wir die Erklärung, betreffend den Schutz der Arbeitswilligen, veröffentlichen. Sie lautet:

„Nachdem von den beiden, auf den vorhergehenden Handwerkskammertagen zur Abwendung der Schädigung durch Lohnkämpfe erhobenen Forderungen die erstere, nämlich die Gewährung der Möglichkeit zu einem festen Zusammenschluß der Arbeitgeber und ihrer Organisationen erfolgt ist, lenkt der Handwerkskammertag das Augenmerk auf die zweite Forderung: den größten Schutz der Arbeitswilligen, und wiederholt seine früheren Entschlüsse, nach denen er unter voller Anerkennung der Koalitionsfreiheit angesichts der zahlreichen Auswüchse, wie sie bei Lohnbewegungen und andern Gelegenheiten durch Bedrohung und Mißhandlung sowie durch Boykottierung und Verurteilung gegen Arbeitswillige und Arbeitgeber zutage treten, eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen zur Abwehr solcher Vorkommnisse für erforderlich erachtet.“

Eigenartige Zünftler! Zuerst erklären sie die volle Anerkennung der Koalitionsfreiheit und im gleichen Atemzuge fordern sie eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen zur Abwehr. Natürlich war auch hier die Bäckereiverordnung als passender Gegenstand zur Annahme einer Resolution ausersehen. Diese steht so aus:

„Der Allgemeine Deutsche Innungs- und Handwerkskammertag erklart in der Durchführung der Bäckereiverordnung eine Maßnahme, welche mit dem Geist der Verordnung, wie er vom Bundesrat selber in den §§ 16 und 17 der Verordnung niedergelegt worden, sowie mit dem § 9 der Verfassung im schroffsten Widerspruch steht und nur allzusehr geeignet erscheint, die davon betroffenen Bäckermeister und Hauseigentümer schwer zu schädigen. Auf Grund der genannten gesetzlichen Bestimmungen fordert der Handwerkskammertag, daß Dispense von der Verordnung stets bis zum Umbau oder Neubau und auf das Grundstück selbst, nicht aber auf den Betrieb erteilt, und daß überall dort, wo aus baulichen oder sanitären Gründen ein Dispens nicht erteilt werden kann, die Geschädigten entschädigt werden.“

Damit auch der Gebatterte Konditor auf seine Rechnung kam, und weil die Zünftler gerade am besten in dem Protestieren gegen jeden Fortschritt waren, wurde auch gegen die Verkürzung der Verkaufszeit im Nahrungsmittelgewerbe folgende Resolution zum Beschlusse erhoben:

„Der Deutsche Handwerkskammertag erklärt sich gegen die Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe bezw. der Nahrungs- und Genussmittelbranche, besonders gegen die Aufhebung der nach § 105 e Absatz 1 der Reichsgewerbeordnung den „Bedürfnisgewerben“ zugestandenen Ausnahmen, da eine solche Maßnahme geeignet erscheint, den davon betroffenen Gewerbetreibenden die Existenzfähigkeit zu unterbinden, die gerade durch die Sonntagsruhe ihren Hauptverdienst erzielen.“

Wenn es nach den Innungsvertretern gehen würde, dann wäre auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes überhaupt noch nichts geschehen. Von den königstreuen Männern, die ihre Verhandlungen als gut gefinnte Staatsbürger mit einem Kaiserhoch eröffnen, sollte man mehr Respekt vor dem Gesetz erwarten. Um des lieben Geldes willen ist auch bei den staatszerhaltenden Stützen das Revoluzieren erlaubt.

### Aus gegnerischen Organisationen.

**Konditorgehilfen, die gegen eine Beschränkung der Arbeitszeit und gegen Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen protestieren.** Eine sonderbare Arbeiterorganisation ist, wie unser Dortmunds Parteiblatt schreibt, der Dortmunder Konditorgehilfen-Verein. Er hielt an einem der letzten Sonntage eine Versammlung ab, zu der nicht nur Gehilfen, sondern auch die Meister erschienen waren. Einen Meister hatte man sich auch als Redner verschrieben. Diese Tatsache und die gefaßten Beschlüsse zeigen deutlich, daß der Konditorgehilfen-Verein ein gefügiges Werkzeug der Unternehmer ist. Immerhin sind aber die gelben Vereine zu zählen, die so tolle Beschlüsse fassen wie die Konditoren. Ein vernünftiger Mensch würde es gar nicht glauben, daß Arbeiter sich gegen die Arbeitszeitverkürzung aussprechen könnten. Die Dortmunder Konditoren haben es getan! Nach einem Referat des Meisters Clostermann wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung protestiert energisch gegen jede weitere Einschränkung der Sonntagsverkaufsstunden im Konditorgewerbe, weil im letzteren der Sonntag der Hauptgeschäftstag ist, und durch eine Einschränkung der Sonntagsverkaufszeit die Interessen des ganzen Konditorstandes, sowohl der selbständigen Konditoren wie auch der Gehilfenchaft, die dadurch ihre Zukunft bedroht sieht, auf das empfindlichste geschädigt werden.“

Mit diesem Beschlusse war aber der Latendurst der gelben Konditoren noch nicht gestillt. In dem Bestreben, den Willen des Krautlers vor den eigenen zu setzen, nahm man schließlich sogar noch gegen die Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen Stellung. Man höre zu, was sich die gelben „Arbeiter“ von den Meistern kommandieren ließen:

„Die beabsichtigte Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung auf Motorbetriebe des Konditorgewerbes, die mehr als vier Personen beschäftigen, ist durchaus ungerechtfertigt und unzweckmäßig. Die Bedienung der Motore in den Konditoreien ist keine Er-

schwerung, sondern eine Erleichterung der Arbeitstätigkeit der jugendlichen Angestellten in den Konditoreibetrieben. Würde die geplante Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen Gesetz, so würde viele Konditoreien ihre Motore wieder abschaffen. Außerdem würde die Ausbildung der Lehrlinge durch die unzweckmäßige Beschränkung ihrer Arbeitszeit ungünstig beeinflusst werden. Im Interesse unseres Gewerbes protestieren wir daher gegen die Einführung der beabsichtigten Gesetzesbestimmungen. Unsere Motore laufen nur periodisch, nicht ununterbrochen, dabei haben wir nur ausschließlich elektrische Kraft von 1/2 bis 2 PS.“

Brave Gehilfen, was? Denen dürfen die Meister alles vorlegen: es wird prompt beschlossen! Sogar den Nahrungsmittelfälschern sind diese braven Deutschen zum Schluß noch auf Kommando beigeprungen:

„Die Versammlung beschließt, die westfälische Handwerkskammer zu bitten, sich mit den Behörden dahingehend in Verbindung zu setzen, daß in allen Fällen erst ein Sachverständiger gehört wird, bevor ein Strafverfahren wegen Nahrungsmittelfälschung eingeleitet werden darf.“

Mehr kann man wirklich von einer Auch-Arbeiterorganisation nicht verlangen. Die Verhältnisse im Dortmunder Konditorgewerbe müssen ja glänzende sein, denn sonst würde sicher keine solche „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ bestehen.

Ehrliche Gehilfen, die es mit der Hebung ihrer Klassenlage ernst nehmen, dürften allerdings einer solchen gelben Gesellschaft mit Entrüstung den Rücken kehren!

Sowelt die Parteipresse. — Es ist ganz natürlich, daß unser Dortmunder Parteiblatt die Handlungsweise der Konditorgehilfen für unglaublich hält — wir selber haben leider schon zu oft erfahren, daß die Beschränktheit der in reinen Konditoreien arbeitenden Kollegen, soweit die Vertretung ihrer wirklichen Interessen in Frage kommt, keine Grenzen kennt. Und so haben sie auch jetzt wieder sich von den Meistern einfangen und vor deren Wagen spannen lassen. In der Opposition der letzteren gegen die geplante Beschränkung der Verkaufszeit an Sonntagen, gegen die Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen auf die jugendlichen Arbeitskräfte in den Konditoreien mit Motorbetrieb und schließlich auch gegen eine schärfere Handhabung des Gesetzes gegen Nahrungsmittelfälschungen kommt nur das rückständigste Zünftlertum zur Geltung. Wir haben schon in letzter Nummer unseres Organs nachgewiesen, daß die Herren heute noch genau so beschränkt sind wie vor einigen Jahrhunderten. Die Gehilfen jedoch, die an der Spitze dieser Bewegung zur Unterstützung der Meisterschaft stehen, treiben nichts weiter als nackten Verrat der vorwärtsstrebenden Kollegenschaft! Haben die Gehilfen — so fragen wir — dagegen einzuschreiten, wenn die Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes so streng wie möglich gehandhabt werden sollen? Wissen nicht gerade diese, in wie vielen Fällen gegen solche gesetzlichen Bestimmungen seitens der Meisterschaft täglich gesündigt und daß ein Strafverfahren nur äußerst selten eingeleitet wird? Hat der reelle Meister überhaupt von einer strengen Handhabung solcher Gesetze oder von einer „übereifrigen“ Anklage etwas zu fürchten? Genügt es nicht am Ende, wenn die süßen Innungen gegen vermeintliche oder wirkliche Härten allein vorgehen?

Haben ferner unsere Kollegen schon vergessen, in welcher unerschämter Weise sie oft in ihrer Lehrzeit ausgebeutet wurden? Sollten sie nicht jede Maßnahme begrüßen, die hier einen Niegel vorschleiben will? Um so mehr, da es ihnen dann um so leichter fallen wird, eine Verkürzung ihrer eigenen Arbeitszeit durchzusetzen, wenn erst einmal für die am meisten Ausgebeuteten wenigstens etwas Binderung geschaffen wurde.

Und nun die weitere Beschränkung der Verkaufszeit an den Sonntagen! Wir bestreiten ganz entschieden, daß eine solche, sobald sie gleichmäßig in den Konditoreien und Bäckereien erfolgt, den Geschäften finanziell einen Abbruch bringen wird. Früher war ja die Verkaufszeit noch weit ausgedehnter als heute und infolgedessen auch die Sonntagsarbeit in den Backstuben eine längere, und doch wird niemand behaupten wollen und nachweisen können, daß der Konsum der Konditoreiartikel heute ein geringerer ist als früher. Der hängt in erster Linie von einem kaufkräftigen Publikum ab und mußte steigen mit den größeren luxuriösen Ansprüchen der besitzenden Klassen und nicht zum wenigsten mit der Hebung der allgemeinen Lebenslage der großen Masse der Bevölkerung.

Wenn also der Vertrieb der Waren an den Sonntagen auf eine etwas kürzere Zeit zusammengedrängt werden soll, so sehen wir darin keine Gefahr für das Gewerbe an sich. Und unter keinen Umständen haben Gehilfen Ursache, in Gemeinschaft mit dem nie zu sättigenden Meistertum der Geselbgebung unter dem Vorwande in die Zügel fallen zu wollen, sie hofften, auch einmal in den Himmel der Selbstständigkeit zu kommen, und daß sie somit auch von dieser Geselbgebung getroffen würden. Der übergroßen Mehrheit unserer Kollegenschaft ist ja diese Spinnung durch die wirtschaftliche Entwicklung gleichfalls längst verarmt — sie hat also alle Veranlassung, sich nur um ihre eigenen Interessen als Arbeiter zu kümmern. In dieser Beziehung steht sie ganz allein auf sich angewiesen — wenn sie hier einen kräftigen Schritt nach vorwärts tun will, wird sie die Herren Kaldenbach, Clostermann und die sonstigen Korpphären der süßen Kunst durchaus nicht an ihrer Seite, sondern geschlossen gegen sich finden. Wie ist man doch schon den mehr als bescheidenen Forderungen des Nationaldeutschen Verbandes seitens dieser Herren entgegengetreten? Und hat nicht auch die Regierung, als sie vor zirka zwei Jahren die Sonntagsruhe der Arbeiterschaft in unserm Berufe aufs neue „regelte“, wiederum bewiesen, daß sie den Wünschen der Gehilfenchaft nur in allerbescheidenstem Maße nachkommen will, trotzdem diese heute noch so meißertreu ist?

Also nirgends finden die Gehilfen Unterstützung als bei der Arbeiterschaft selber, und deshalb nimmt sich auch die ganze Aktion, die in Dortmund und anderswo den Meistern zuliebe inszeniert wurde, so unsagbar lächerlich und traurig zugleich aus. Sie kam uns aber trotzdem, wie gesagt, nicht unerwartet, weil es nicht das erste Mal ist, daß sich unsere „reinerfüßigen“ Kollegen so blamieren. Ueber die Regelung der Sonntagsarbeit sollte überhaupt nur dann gesprochen werden, wenn auch zugleich über

den den Gehilfen zustehenden Ersahruhetag in der Woche gesprochen wird! Und wer da meint, daß es für den Sonntagsverkauf in der weitest Verbindung damit für die Sonntagsarbeit in den Backstuben im Interesse des Gewerbes keine weitere Einschränkung mehr geben könne, der müßte erst recht für einen vollständigen Ruhetag in der Woche eintreten. Denn erst dann, wenn für den siebten Arbeitstag ein ausreichender Ruhetag geschaffen ist — erst dann wird auch die Frage der Sonntagsarbeit in einem alle Teile befriedigenden Sinne gelöst werden können. Wie steht es also mit dem Ersahruhetag, Ihr Dortmunder Helfershelfer der Reaktion?

### Internationales.

#### Quittung.

Vom Verband der Bäckereiarbeiter Norwegens ist für 800 Mitglieder der Jahresbeitrag für 1910, M. 16, eingegangen, worüber hiermit quittiert wird.

**Das Internationale Sekretariat für Bäcker und Konditoren.**  
O. Allmann.

#### Lohnkampf der Zuckerwaren-, Schokolade- und Biskuitarbeiter in Kopenhagen.

Unser dänischer Bruderverband meldet, dass in Kopenhagen ein schwerer Kampf seiner Mitglieder sich vorbereitet. Es wird dort seit einiger Zeit mit sämtlichen 17 Firmen über einen Lohntarif verhandelt, aber es gelang bisher nur, mit vier derselben in ein Vertragsverhältnis zu kommen. Bei den übrigen 13 wird jedenfalls in Kürze der offene Kampf ausbrechen, wenn es nicht schon beim Erscheinen dieser Nummer geschehen ist. Wir ersuchen unsere Mitglieder dringend, alles aufzubieten, den Zuzug von Arbeitern der einschlägigen Branchen unter allen Umständen von Kopenhagen fernzuhalten. Wacht darüber, dass die internationale Solidarität hochgehalten wird.

### Sozialpolitisches.

#### Der Deutsche Juristentag und die Ursache des Verbrechens.

Auf dem 30. Juristentag in Danzig, der am 12. September in Danzig eröffnet wurde, erstattete u. a. Geh. Oberregierungsrat Krohne-Berlin, Leiter des preussischen Gefängniswesens, ein Gutachten über die Frage der Strafmittel. Krohne führte hierzu aus: „Die Zahl der Verurteilten ist absolut und relativ bedeutend gestiegen und der Kampf gegen die Rechtsbrecher kostet jährlich mindestens 150 Millionen. Dabei verschiebt sich die Ursache der Verbrechen immer mehr von der persönlichen nach der sozialen Seite. Hier kann nur eine weitreichende und großzügige, rasch fortschreitende Sozialpolitik Einhalt gebieten. Die Bekämpfung des Wohnungslebens ist die dringendste Forderung der Kriminalpolitik. Die Mitschuld der Gesellschaft an den Verbrechen muß energisch betont werden. Die Strafrechtspflege darf weder verrohend wirken, noch das Volksebewußtsein schlaff machen. Die Strafmittel müssen immer noch weiter vereinfacht werden. Krohne wendet sich entschieden gegen die Prügelstrafe und wünscht als Freiheitsstrafe nur die Zuchthausstrafe als stets entbehrend und die Haftstrafe als bloße Freiheitsstrafe beibehalten. Er empfiehlt weiter die Ausdehnung der Geldstrafe und der Schadensersatzpflicht und tritt für die völlige Beseitigung der Polizeiaufsicht ein.“

Die Sozialdemokratie mit der Gewerkschaftsbewegung vertritt schon längst diesen Standpunkt, zu dem sich nun auch ein Oberregierungsrat durchgerungen hat. Jedoch wird die Regierung in Anbetracht ihres sonstigen Verhaltens diesen eindringlichen Worten kaum Gehör schenken, weil sie sich mit den herrschenden Parteien in dem Wahne wiegt, sie marschiere mit der sozialen Gesetzgebung an der Spitze der europäischen Staaten.

### Wirtschaftliche Rundschau.

In unserer allgemeinen Betrachtung über das Wirtschaftsleben, berichteten wir unter anderem auch über die Unternehmungslust, Gründung von neuen Aktiengesellschaften und Investitionen alter Gesellschaften durch Kapitalien. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlug in die Unternehmungslust der Zusammenbruch der Niederdeutschen Bank in Dortmund ein. Gewiß ist der Konkurs nicht auf die allgemeinen wirtschaftlichen Erscheinungen zurückzuführen, sondern erfolgte durch Irreführungen und Täuschungen, welche die Verwaltung so meisterhaft zu handhaben mußte. Die in Mitteleuropa gezogenen Gläubiger zählen zum größten Teil zu den Kleinhandwerkern, die wieder um das ganze der Bank anvertraute Vermögen gebracht wurden. Es ist doch recht sonderbar in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bestellt. Die Kleinhandwerker legen ihre Ersparnisse in den Banken — recht häufig in zweifelhaften Gründungen — an, und diese verlieren die Gelder an Großkapitalisten zur Gründung großer Fabriketablissemens. Wir sehen also, daß der Kleinmeister von dem Großunternehmer mit seinem eigenen Geld ruiniert wird, indem die Erzeugung von Massenartikeln in großen Fabrikunternehmen mit den Vorkapitalien der kleinen Geschäftsleute durch die Vermittlung der Bankinstitute vor sich geht. Durch den Dortmunder Bankkrach wurde die lebhafte Gründungstätigkeit etwas unterbrochen. In keinem einzigen der vergangenen Jahre — ob Hochkonjunktur oder Niedergangsjahr — hatte der Monat Juli eine derartig geringe Unternehmungslust wie im laufenden Jahre aufzuweisen gehabt. Es wurden in neuen und alten Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Juli nur 63,37 Millionen Mark neuinvestiert, während die vorjährigen Neuinvestierungen, die im Monat Juli bekannt wurden, 131,72 Millionen Mark betragen hatten. Im Juli 1908 stellten sie sich auf 108,43, im Vergleichsmonat 1907 auf 134,61 und 1906 auf 129,50 Millionen Mark. Es betrugen die Neuinvestierungen im Juli in M 1000 in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie 1909 14 945, 1910 2045.

In der Lage des Geldmarktes hat auch nach dem Juni eine starke Erleichterung eingeseht. Zu weite-

ren Diskontherabsetzungen im Juli ist es zwar nicht gekommen, und es wird die Reichsbankverwaltung ihren Diskont von 4 pZt. schwerlich in diesem Jahre noch ermäßigen. Auch der Privatdiskont zeichnete sich im Juli durch eine außerordentliche Stabilität aus; er lag anfangs auf 3 1/2 pZt., an, bewegte sich in der Juli Hälfte auf 2 1/2 pZt., stieg dann auf 3 1/2 pZt. und notierte in der zweiten Juli Hälfte 3 pZt. Dasselbe Bild zeigten die Sätze für tägliches Geld und Umlagegeld, die ebenfalls keine bedeutenden Höhen erreichten. Die übrigen großen Notenbanken Englands und Frankreichs wiesen dieselbe Erscheinung auf.

Die Preise der für unsern Beruf hauptsächlich in Frage kommenden Rohprodukte sind in der ersten Hälfte des Jahres besonders auf dem Getreidemarkt gegen das Vorjahr gesunken. Immerhin hat Deutschland die höchsten Getreidepreise der Welt, verursacht durch die von den Agrariern im Einverständnis der Regierung betriebene Schutzpolitik. Berlin notierte Ende des zweiten Quartals für Roggen M 149,7, im Vorjahre M 186,5 pro Tonne, für Weizen M 213,4 (M 256,6); dagegen verzeichnete Paris M 135 (M 147,2) für Roggen und M 204,6 (M 211,2) für Weizen; Amsterdam M 130,8 (M 153,7) für Roggen und M 158 (M 216,7) für Weizen. Es wird aber kaum in der Folgezeit eine Besserung eintreten. Nach den Börsenberichten soll in Frankreich eine sehr schwache Ernte, die selbst nicht größer ist als die Mißernte von 1897, zu verzeichnen sein. Aus Petersburg meldeten Nachrichten, daß in Südrussland die Sommerweizenernte recht gering zu werden droht, wenn nicht in letzter Stunde auch dort das Wetter sich wieder günstig gestaltet. Von den Donauländern kommt die Meldung, daß die Weizenernte die größte ist, welche je da war. Auch in Amerika deuten die kolossalen Ablieferungen der Farmer ebenfalls darauf hin, daß die Ernte nicht so schlecht sein kann, wie man noch kürzlich glauben machen wollte.

Der Zuckermarkt zeigte auch im Juli in den Preisen keine Veränderung. Die hohen Preise dauern nun bereits ein Jahr an. Dieser günstige Stand bewirkte reiche Gewinnüberschüsse für die Aktienunternehmungen der Zuckerraffinerien. Von den veröffentlichten Bilanzen, welche gegen das Vorjahr in Vergleich gestellt werden konnten, betrug das dividendenberechtigende Aktienkapital im Jahre 1908 rund 27,387 Millionen Mark, 1909 dagegen 23,587 Millionen Mark. Demnach ist eine Erhöhung von 1,2 Millionen Mark eingetreten. Aus dem Gewinnüberschuß 1908 kamen 1,567 Millionen Mark als Dividende zur Verteilung und 1909 wurden 1,864 Millionen Mark an die Aktionäre verteilt, was einer Durchschnittsdividende von 5,7 bzw. 6,5 pZt. gleichbedeutend ist. Einige Beispiele: Die Weiskerener Zuckerfabrik brachte 1908 M 59 600 bei 10 pZt., 1909 M 89 400 bei 15 pZt.; Replim M 90 000 und M 108 000 bei 10 bzw. 12 pZt. und die Kommerzielle Provinzial-Zuckerindustrie M 360 000 und M 450 000 bei 10 bzw. 12 1/2 pZt. Dividende zur Verteilung an die Aktionäre. Die günstigen Preise für Rohkaffee hielten auch im Juli noch an. Nach einer Erhebung über den Kaffeeverbrauch rangiert Deutschland mit 40,7 Millionen Pilo an zweiter Stelle hinter den Vereinigten Staaten Amerikas mit 53,4 Millionen Pilo.

Wie wir schon bemerkten, sind die hohen Preise der Rohprodukte hauptsächlich auf die Schutzpolitik und die indirekten Steuern zurückzuführen. Professor Lujo Brentano hat erst kürzlich eine Denkschrift über die deutschen Getreidezölle herausgegeben. Darin wird nachgewiesen, daß sich die Privatleute, wie Agrarier und Händler, seit dem neuen Zolltarif 1907, also in drei Jahren, um 248 1/2 Millionen Mark bereichert haben, oder pro Kopf der Getreide kaufenden Bevölkerung zählte M 1,46 an das Reich und M 15,65 an Privatleute.

Die Verkaufspreise der in unserm Gewerbe erzeugten Produkte stehen in keiner Weise im Einklang mit den Rohproduktpreisen. Die Spannung zwischen Getreide und Brotpreise hat auch im Juli angehalten. Raum in Betracht kommen solche Orte, wo die Verkaufspreise herabgesetzt wurden. Jetzt hört man sogar Stimmen aus dem konservativen Lager, worin den Unternehmern im Bäckergewerbe der Vorwurf des Brotwuchers gemacht wird. Da wird zum Beispiel in einer Notiz im „Tag“ von konservativer Seite ihren Parteiangehörigen, den Bäckern, der Vorwurf gemacht, daß mit der Erhöhung der Getreidepreise die Gewichtsabnahme der Brotwaren und die Erhöhung der Verkaufspreise gleichen Schritt gehalten habe, nicht so, wie jetzt ein Sinken der Getreidepreise zu verzeichnen sei.

Der Arbeitsmarkt und Beschäftigungsgrad hat sich auch im Juli dem Vormonat angepaßt und sich besser entwickelt, als man zur Zeit der Bauarbeiterausperrung annehmen konnte. Die Verhältnisse in den einzelnen Gegenden sind freilich sehr verschieden; neben solchen, wo die Besserung auffallend stark hervortritt, fehlt es auch nicht an manchen Gegenden, wo sich die Lage gegenüber 1909 sogar wieder verschlechtert hat. Immerhin überwiegt die Tendenz zur Besserung ganz bedeutend. Trotz alledem darf die Schattenseite des günstigen Grundpräges der gegenwärtigen wirtschaftlichen Gesamtsituation nicht vergessen werden. Die Erholungsperiode ist noch eine langsame, zögernde; trotzdem ist die Wirksamkeit der starken Auftriebskräfte deutlich zu erkennen. Der Arbeitermarkt ist der sichere Entwicklungsgang weit nützlicher als ein wahnsinniges, sprungweises Wettrennen zur Hochkonjunktur, das uns so leicht aus der Prosperität in die Depression zurückfallen wird. Das haben noch alle aufsteigenden wirtschaftlichen Perioden gezeigt, je sicherer die Konjunktur einsetzt, um so weiter hinausgeschoben werden die Krisen.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Ein Mühlenarbeiterstreik brach am 16. September in Bülberg bei Halle a. d. S. aus. Von 95 Beschäftigten blieben drei in Arbeit. Wiederholte gütliche Vorstellungen, die Direktion möge die kümmerlichen Löhne von 32 1/2 pro Stunde um 5 1/2 aufbessern, blieben unbeachtet. Die Direktion verschäufte sich hinter der Ausrede, daß schlechter Geschäftsgang eine Lohnerhöhung verbiete. Durch den Ausstand wurden die Betriebe stillgelegt.

Nach zweitägiger Dauer wurde der Streit jedoch zugunsten der Arbeiter beendet. Erregungen wurden 2 1/2 pro Stunde

Lohnzulage für die Mühlenarbeiter. Den Geschäftsführern wurde außer einer entsprechenden Lohnerhöhung noch M 1,50 für Stallwache zugebilligt.

### Eine Ausdehnung der Werftarbeiterausperrung?

Der Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller beruft zu Donnerstag, den 22. d. M. eine Sitzung nach Berlin ein, um zu der Ausperrung der Werftarbeiter Stellung zu nehmen. Der Kampf hat in den letzten Wochen bereits größere Dimensionen angenommen, da in verschiedenen Landbetrieben der Hafenstädte Streitarbeit für die Werften verlangt wurde, worauf meistens die Arbeitsniederlegung erfolgte. Sollten die Metallindustriellen nunmehr beabsichtigen, den Schiffswerften durch eine größere Ausperrung zu Hilfe zu eilen, so würde dadurch also die Ausperrung nicht mehr auf die Hafenstädte beschränkt bleiben, sondern sich auch auf das Binnenland erstrecken. Die Gefahr einer sehr großen Ausperrung ist somit nicht unwahrscheinlich.

### Politische Rundschau.

Die Magenfrage ist für den Proletariat immer die drückendste, und so ist es erklärlich, daß er sich bei der gegenwärtigen Fleischnot nicht mit Redensarten seitens der Regierungsvertreter abweisen lassen möchte, sondern immer stürmischer in großen Massenversammlungen die Öffnung der Grenzen verlangt; in Verbindung mit dem Protest gegen die Tendenz der Königsberger Kaiserrede wurden in den letzten Wochen überall im Reich solche Versammlungen abgehalten. Leider bisher ohne jede greifbare Wirkung auf die Regierung. Auch auf die Eingabe des Fleischerverbandes ist der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer nur mit Ausreden gekommen, die angesichts der ganzen Lage bloß noch aufreizender wirken mußten. Von einer Fleischnot könne ja noch gar keine Rede sein, behauptete der Herr, und im übrigen habe er schon einmal den Landwirtschaftskammern verschiedene Maßnahmen empfohlen, die eine Hebung der Vieherzeugung und eine größere Seltigkeit in der Beschickung der Viehmärkte bezwecken sollten. Mit der Empfehlung solcher Maßnahmen ist natürlich — selbst wenn sie befolgt würden — nichts gegen die jetzige Not getan. Daß die preußisch-deutsche Regierung völlig in den Händen der Agrarier gefangen ist, wird durch nichts schlagender erhärtet, als durch die Behandlung, die das Volk gegenwärtig in dieser Frage erfährt.

Zu den Erfolgen der Sozialdemokratie bei den Ersatzwahlen der letzten Monate gesellte sich am 15. September Frankfurt a. d. O.-Lebus. Das Reichstagsmandat konnte zwar nicht im ersten Wahlgange erobert werden, aber mit Schrecken mußten die Konservativen und die Nationalliberalen erfahren, daß auch in diesem Wahlkreis die Wähler sich in Massen von ihnen abgewendet haben. Der Genosse Faber erhielt 14 319, Winter (N.) 7754, Dunkel (N.) 6595 Stimmen. Es fehlten dem Genossen Faber somit nur 30 Stimmen an der absoluten Mehrheit; gegen 1907 hat die Sozialdemokratie annähernd 2100 Stimmen gewonnen, während die Nationalliberalen 2300 und die Konservativen 1100 Stimmen verloren. Und letztere hatten obendrein in der Person Dunkels einen Nennminder-Arbeiter-Kandidaten — einen christlichen Arbeitersekretär — aufgestellt.

Trotzdem war der Liebe Mühe vergebens und ihre Niederlage nur um so blamabler. Ihre jetzige Wut ist begreiflich und ebenso, daß Nationalliberale und Konservative nunmehr alle Mienen springen lassen, damit in dem am 26. September stattfindenden Stichwahl der bürgerliche Kandidat siegt. Es ist aber zu hoffen, daß das Proletariat noch einige Reserven heranzuziehen hat und doch der Preis von uns erobert wird.

Zu den internationalen Tagungen der letzten Wochen gesellte sich noch die erste Internationale Konferenz für Sozialversicherung im Haag, welche als eine Fortsetzung der schon öfter stattgefundenen internationalen Kongresse für Sozialversicherung zu betrachten ist. Die Konferenz war von Arbeitern und Unternehmern der Versicherungskörper, von Kommunal- und Reichsbeamten, von Politikern usw. besetzt. Einig war man sich darin, daß die Zwangsversicherung überall noch weiter ausgedehnt werden müsse — auch die Witwen- und Waisenversicherung sowie die Arbeitslosenversicherung fanden weitgehende Befürwortung. Der in Deutschland geübte Terrorismus der Verträge gegenüber den Klassen wurde von Vertretern der Arbeiterklasse scharf gebrandmarkt; der Vorsitzende der Dresdner Ortskrankenkassen — Frähdorf — geriet bei diesem Thema mit Dr. Mugdan scharf in Konflikt, dem gegenüber er erklärte: „Die deutschen Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind gewillt, in Frieden mit den Verträgen zusammenzuarbeiten; aber sie sind nicht gewillt, sich von Leipziger Verträgeverband terrorisieren und ihre Selbstverwaltungsrechte herabwürdigend zu lassen.“ Die Konferenz wird jedenfalls zur Förderung der Arbeiterversicherung in den einzelnen Ländern beigetragen haben.

In Deutschland gab es in Braunschweig eine Tagung des Bundes der Vaterländischen Arbeitervereine, in die man bekanntlich alles hineinzuführen versucht, was noch nicht von der „roten Seuche“ angesteckt ist. Der Geist der auf dieser Tagung herrschte, offenbarte sich in einer Resolution, in der der Gedanke verurteilt wird, zwischen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie überhaupt Bündnisse herbeizuführen; denn das sei eine politische Kurzsichtigkeit, eine Förderung der Sozialdemokratie. Ferner nahm man mit Bedauern Kenntnis davon, daß ein badischer Minister in Verkennung des innersten Wesens der Sozialdemokratie ihr ein Verdienst um die Befreiung des vierten Standes zugeschrieben habe. Einen vierten Stand gebe es gar nicht! Auch der Frauenbewegung widmeten die „Vaterländischen“ ihre Zeit; ein Delegierter hielt darüber einen Vortrag und meinte, es gelte jetzt, die Arbeiterfrauen zur nationalen Mitarbeit, zum Kampfe gegen die Auswüchse der extremen Frauenrechtsbewegung auf den Plan zu bringen. Die Parole sei: Frauenorganisation innerhalb des Bundes der Vaterländischen Arbeitervereine. Wir werden demnach vielleicht auch einige gelbe Arbeiterinnenorganisationen entstehen sehen.

Die Reichsfinanzkommission zeigt sich jetzt schon immer krasser, und bei einer Konferenz, die Bethmann-Hollweg mit den Staatssekretären über die Bilanzierung des neuen

Reichsetats gehabt hat, soll man dazu gekommen sein, die Frage zu prüfen, ob überhaupt mit sparsamer Wirtschaft allein das Gleichgewicht des Reichshaushaltes aufrecht erhalten werden kann, oder ob nicht unbedingt neue Mittel geschaffen werden müssen. Das wäre bei dem Fiasko, das mit verschiedenen Steuerarten der letzten Reform erlebt werden mußte, kein Wunder. Die Leuchtmittelsteuer hat z. B. noch nicht einmal den dritten Teil der veranschlagten Summe gebracht. Die Militärverwaltung freilich will von Sparen nichts wissen, wenn man sich auch anstellt, als wolle man seine Wünsche nicht absolut gleich mit einem Male realisiert sehen. Die neue Vorlage, die nunmehr bereits das Reichsjahrbuch passiert haben soll, verlangt Aufstellung von Maschinenwehrkompanien für die Infanterie, ferner sollen die Trainbataillone je eine Kraftwagenkompanie mehr erhalten, und weiter ist eine Ergänzung der Feldartillerie vorgesehen. Das Ganze könne bis 1914 verteilt werden. Das ist eine ganz besonders schlaue Taktik, die hier eingeschlagen wird. Die Forderungen werden, damit sie nicht gar zu unerschämmt ausfallen, auf einige Jahre auseinandergezogen; aber mit jedem neuen Jahre pfeift man wieder dieselbe Melodie in einer andern Tonart.

Im Ruhrrevier zeigt es sich nun, daß die unermüdete Agitationsarbeit der Bergarbeiterorganisation immer wertvollere Früchte trägt. Nachdem erst vor kurzem die Wahlen der Sicherheitsmänner dem „alten“ Bergarbeiterverbande so schöne Erfolge zeitigten, haben jetzt die Knappschaffts-wahlen neue Siege gebracht. Die Gelben erhielten 5300 Stimmen und sieben Vertreter, die Roten 22 000 Stimmen und 29 Vertreter, der christliche Wischmasch 53 000 Stimmen und 192 Vertreter und der alte Verband 98 000 Stimmen und 299 Vertreter! Ein gutes Vorspiel für die politischen Wahlen im nächsten Jahre!

### Für die Arbeiterinnen.

ssc. Das Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Die proletarischen Frauen empfinden es, wie wir in diesem Blatte schon verschiedentlich ausführten, als eine unerhörte Ungerechtigkeit, daß ihnen das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten noch nicht verliehen worden ist. Im vergangenen Jahre nahmen eine größere Anzahl von Arbeiterinnenversammlungen in fast allen größeren Städten zu der Frage Stellung, und sandten Petitionen um Einführung dieses Wahlrechtes an die gesetzgebenden Stellen ein, die jedoch darauf gar nicht reagierten. Deshalb darf natürlich der Kampf um die Selbstverständlichkeit nicht erlahmen. Neues Agitationsmaterial hat in reichem Maße die Berufszählung von 1907 gebracht, deren Ergebnisse kürzlich veröffentlicht worden sind. Gegenüber der vorletzten Zählung im Jahre 1895 ist der Anteil der weiblichen Erwerbenden an der weiblichen Bevölkerung von 19,9 pZt. auf 26,3 pZt. gestiegen, wohingegen bei der männlichen dieser Anteil um ein Geringes, nämlich von 61,03 auf 61,01, gesunken ist. Die größte Zunahme zeigen die Handlungsgehilfinnen, deren Zahl in der angegebenen Zeit von circa 98 000 auf circa 283 000 gestiegen ist. Die Arbeiterinnen in der Industrie vermehrten sich von 1,12 Millionen auf 1,66 Millionen. Nach den neuen Feststellungen haben etwa 2 1/2 Millionen Frauen (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) die im Dienst und Arbeitsverhältnis vorkommenden Streitigkeiten den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zu unterbreiten. In einzelnen Berufszweigen, wie der Textil-, Bekleidungs- und Reinigungsindustrie überwiegt die Zahl der weiblichen die der männlichen Arbeitskräfte teilweise erheblich. Mit dieser ganzen Entwicklung ist natürlich das Interesse der Frauen an der Zusammenlegung und Verwaltung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte stark gestiegen.

Leider ist die amtliche Statistik über die Tätigkeit der genannten Gerichte so mangelhaft, daß sie nicht einmal angibt, von wieviel weiblichen Personen diese Institute in Anspruch genommen werden. Deshalb hat der Verband der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte eine kleine Umfrage darüber vorgenommen und festgestellt, daß unter den Klageerhebenden Arbeitnehmern sich circa 22 pZt. Frauen befinden. Im Jahre 1909 waren es bei den Gewerbegerichten Breslau 26 pZt., Chemnitz 23 pZt., Dresden 26 pZt., Elberfeld 15 pZt., Forzheim 21 pZt., Berlin 22 pZt., Frankfurt 19 pZt., Köln 14 pZt. usw. Bei den Kaufmannsgerichten war der Anteil der weiblichen Personen unter den Klägern ein noch größerer. Bei dem Kaufmannsgericht Berlin war er z. B. 30 pZt.

In neuerer Zeit mehrten sich auch die Stimmen bürgerlicher Sozialreformer, die für das Frauenwahlrecht bei den Gewerbegerichten eintreten (vergleiche die Zeitschrift „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ 1910, Nr. 12). Die Sozialdemokratie als einzige Partei, welche die politische Gleichberechtigung der Frauen will und am entschiedensten für das allgemeine Wahlrecht eintritt, wird auch in dem Kampfe um das Wahlrecht der Arbeiterinnen bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten die Führung übernehmen müssen. Besonders sollten sich die sozialdemokratischen Frauen diese Propaganda angelegen sein lassen.

### Literarisches.

Die Finanzreform von 1909 und die Parteien des Reichstages. Herausgegeben vom sozialdemokratischen Parteivorstand. Verlag Buchhandlung Vorwärts Berlin SW 68. Leinenband M. 5. 411 Seiten. Der Verfasser legt zunächst die grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen des Reichsfinanzwesens dar, beschäftigt sich dann kritisch mit der Regierungsvorlage zur Finanzreform des Vorjahres und behandelt weiter in ausführlichen Darlegungen an der Hand der amtlichen Protokolle die Stellungnahme der politischen Parteien des Reichstages zu dieser Vorlage.

Soweit namentliche Abstimmungen vorgekommen wurden, ist nachgewiesen wie die einzelnen Abgeordneten gestimmt haben.

Im bevorstehenden Wahlkampf wird das Werk sicher allen Politikern wichtiges Material zur Beurteilung der gegenwärtigen Steuergesetzgebung liefern.

Von allen Buchhandlungen zu beziehen.

—\* Anzeigen. \*

„Fortschritt“

Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik e. G. m. b. H. Altona, Langenfelderstr. 93.

Die ausgeschriebenen gewesenen Laborantenstellen sind besetzt. Allen Bewerbern besten Dank. [M. 3,50] Der Vorstand.

Zum Dekorieren der Schaufenster empfehle Drahtkänder zum Aufstellen von Bonbonnieren, 3 teilig f. Schokoladentafeln, zum Anstecken an die Glasplatte usw. Grünf. Reflektanten erh. Muster. Walter Heuser, Cöln, Friedr.-Wilhelmstr. 6/8. [M. 2]

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

In einer Garnisonstadt der Altmark ist eine seit 20 Jahren mit bestem Erfolg betriebene

Bäckerei

mit neuerbautem Grundstück für M. 32 000 bei M. 6000 Anzahlung sofort zu verkaufen. Näheres durch Adolf Salomon, Stendal. [M. 3,50]

Bäcker und Konditoren kaufen ihre Kleidung am besten und billigsten in dem grössten Spezial-Geschäft für Berufs-Kleidung Kohnen & Jöring, Berlin Hauptgeschäft und Versand: Alexanderstr. 12 Verlangen Sie freie Zusendung unserer Preisliste

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

Malztrieb-Mehl, Centner M. 30.

[M. 2] A. Eckelmann & Co., Hamburg 4.

Paritätischer Arbeitsnachweis für Bäcker :: :: Konditoren und hilfsarbeiter :: :: Frankfurt a. M.

Nur An der Schmidtstr. 7, erster Stock, täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Vermittlung unentgeltlich. Telefon: Nur Städtische Arbeitsvermittlungsstelle, Abteilung Bäcker (keine Nummer)

Paritätischer Arbeitsnachweis für Bäcker :: :: Konditoren und hilfsarbeiter :: :: Offenbach a. M.

Nur Kaiserstr. 68, Hinterhaus, part., täglich von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Vermittlung unentgeltlich.

Hefevertrieb ab 1. Oktober 1910

Vom 1. Oktober 1910 ab übernehmen wir den Hefevertrieb unserer Gesellschafter. Zu diesem Zwecke sind folgende Vertriebsstellen errichtet:

Table with 4 columns: City, Address, Telephone, City, Address, Telephone. Lists distribution points for Berlin, Breslau, Cassel, Chemnitz, Danzig, Dresden, Essen, Flensburg, Frankfurt a. M., Gleiwitz, Görlitz, Hamburg, Hamm, Hannover, Karlsruhe, Köln a. Rh., Königsberg, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, Nordhausen, Nürnberg, Oldenburg, Posen, Stettin, Stuttgart.

An diese sind daher künftighin Hefebestellungen zu richten, und zwar bitten wir im Interesse der Abnehmer um Aufgabe bis spätestens 25. September d. J. an die zuständige Vertriebsstelle, die von dem bisherigen Hefelieferanten bekannt gegeben worden ist.

Die Brief-Adressen lauten: Verband Deutscher Presshefefabrikanten Gesellschaft mit beschränkter Haftung Vertriebsstelle

Für Telegramme genügt die Adresse: „Verbandshefe“

Bezugsbedingungen werden von der zuständigen Vertriebsstelle mitgeteilt. Wir werden für pünktliche, aufmerksamste Bedienung und beste Qualität Sorge tragen.

Verband Deutscher Presshefefabrikanten

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Berlin SW. 11, Dessauerstrasse 28-29.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besondere vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 25. September:

Aalen: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“. — Bant-Wilhelmshaven: 4 Uhr bei Helb, Grenzstr. 34. — Bayreuth: Im Restaurant „Kaiserhof“, Kulmbacherstrasse. — Bochum: 4 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8. — Bennigsdorf: 4 Uhr bei Lehmann. — Ilmenau und Arnstadt: 2 Uhr im Centralhotel in Ilmenau. — Stadthagen: 4 Uhr bei Webberhahn, Schternstrasse.

Dienstag, 27. September:

Cottbus (Öffentlich): 3 Uhr bei Kolkwitz, Rofstrasse.

Mittwoch, 28. September:

Hamburg-Altona (Seefahrer): 8½ Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberfischstr. 15. — Kiel: 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstrasse. — München (Konditoren): „Zum

goldnen Lamm“, Zweigstr. 4. — Traunstein: 2 Uhr, „Zum Löwen“.

Donnerstag, 29. September:

Coblenz: 4 Uhr, Altes Kaufhaus, Kornpfortstrasse. — Cottbus: Bei Ließ, Schloßkirchstr. 12. — Mannheim: 3 Uhr, Gewerkschaftshaus, F 4. 8. — Stuttgart (Bäcker): Döplerhalle, Christophstr. 24.

Sonabend, 1. Oktober:

Freiburg i. B. (Sektion II, Konditoren): 8 Uhr, „Zur Leisingstrasse“, Hummelstrasse. — Leipzig (Konditoren): 8 Uhr im Volkshaus, Zeiger Strasse 32. — Lüdenscheid: 8½ Uhr im „Ratskeller“, Herzogstr. 3.

Sonntag, 2. Oktober:

Barmen: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Parlamentstr. 5. — Brandenburg: Vorm. 11 Uhr, „Deutsches Haus“, Steinstr. 32. — Bremerhaven: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Chemnitz: 3 Uhr, „Zur Sängerkloge“, Sogenstrasse. — Dortmund: 3 Uhr in der „Reichskrone“, Mühlenstrasse 6. — Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus. — Eisenach: 3 Uhr, „Zum goldnen Engel“, Katharinenstrasse.

Flensburg: 2 Uhr bei Andresen, Nordertorbiecherhalle. — Frankfurt a. M.: Im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. — Geesthacht: 3½ Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergedorferstrasse. — Herford: Vorm. 9½ Uhr bei Hillert, Bräberstr. 2. — Hof: Gasthof Glafer, Sophienberg. — Silbesheim: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gofchenstr. 28. — Landsberg a. d. W.: 2 Uhr bei R. Daber, Molkeplatz. — Lübeck: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannistr. 50. — Meuselwitz: 3 Uhr, „Zum Deutschen Kaiser“. — Potsdam: 2 Uhr bei Bruschinski. — Rostock: 2½ Uhr Beguinenberg 10. — Saarbrücken: 3 Uhr im „Tivoli“, Gerberstr. 26. — Schmöln: 2 Uhr in der „Germania“, Crummitzauerstrasse. — Solingen: Vorm. 9½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — Suhl: 3 Uhr, Dombergs Ansicht. — Tangermünde: 3 Uhr im „Kaiserhof“, Langenstr. 47. — Ulm: 3 Uhr im Restaurant Hohentwiel. — Wegefall: 4 Uhr bei Brümmer, Langenstr. 55. — Weimar: 3 Uhr im Volkshaus.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Befensbindehof 57. — Verlag von O. Ullmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.